

Junge Menschen & Demokratie 2025

Martina Zandonella / Karoline Bohrn

Wien, Februar 2026

Inhaltsverzeichnis

Daten zur Untersuchung	3
Einleitung.....	4
1 Methodische Vorgehensweise	6
2 Die Sicht der jungen Menschen auf das politische System	9
2.1 Vertrauen in Institutionen.....	12
2.2 Repräsentation & politische Selbstwirksamkeit.....	16
3 Politische Themen und Beteiligung im Alltag	24
3.1 Austausch und Information zu politischen Themen.....	24
3.2 Politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung	29
4 Ausgewählte Aspekte der Demokratiebildung.....	31
4.1 Zuständigkeiten von Legislative, Exekutive und Judikative	31
4.2 Das Parlament und seine Bildungsangebote	33
4.3 Einschätzung der schulischen politischen Bildung	36
5 Zusammenfassung und Fazit	39
Literatur.....	42
Abbildungsverzeichnis	45

Daten zur Untersuchung

Thema	Junge Menschen & Demokratie 2025
Auftraggeber	Parlament Österreich
Autorinnen	Martina Zandonella Karoline Bohrn
Grundgesamtheit	16- bis 26-Jährige mit Wohnsitz in Österreich
Stichprobenumfang	n=1.009 Befragte
Art der Befragung	Telefon (CATI ¹)- und Online (CAWI ²)-Interviews
Sampling	CATI: Zufallsauswahl aus dem öffentlichen Telefonbuch und per RLD ³ -Verfahren generierter Telefonnummern CAWI: Zufallsauswahl aus dem offline rekrutierten Access-Panel
Gewichtung	Geschlecht, Alter, formale Bildung, Erwerbsstatus, Region, Stadt/Land
Befragungszeitraum	28. September bis 25. November 2025
Feldarbeit	Jaksch & Partner GmbH, Linz

¹ Computer Assisted Telephone Interviews

² Computer Assisted Web Interviews

³ Random Last Digit (zufällige letzte Ziffer)

Einleitung

Die Stabilität einer Demokratie hängt von funktionierenden Institutionen, verantwortungsvollen politischen Akteur:innen und von engagierten Bürger:innen ab. Geteilte demokratische Werte bilden dabei eine der Grundlagen für die Widerstandskraft des Systems. Mehr als andere politische Systeme ist die Demokratie zudem auf die Unterstützung und das Vertrauen der Bevölkerung angewiesen.

Das Verhältnis von Demokratie und Vertrauen ist differenziert zu betrachten: Eine konstruktiv-kritische Haltung gegenüber staatlicher Macht ist ein wichtiger Bestandteil sich weiterentwickelnder Demokratien, während generalisiertes Misstrauen das System erheblich schwächen kann. Demnach steht die repräsentative Demokratie auch stets vor der Aufgabe, ihre Stärken – u.a. einen fairen Interessensausgleich und die Organisation von gesellschaftlichem Zusammenhalt – wirksam zur Geltung zu bringen.

Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Studie die Sicht junger Menschen auf unterschiedliche Aspekte unseres politischen Systems. Die Zielgruppe der 16- bis 26-Jährigen umfasst dabei rund 1.083.800 junge Menschen – das sind 14% der Bevölkerung im Wahlalter bzw. 11% der Wahlberechtigten (Statistik Austria 2025a).

Die diesjährige Studie baut auf den von 2018 bis 2024 im Auftrag des Parlaments Österreich durchgeführten jährlichen Zusatzbefragungen zum Demokratie Monitor auf.⁴ Bei der nun eigenständigen, jedoch weiterhin in Kooperation mit dem Monitor durchgeführten repräsentativen Befragung der 16- bis 26-Jährigen standen folgende Fragestellungen im Mittelpunkt:

- Was denken junge Menschen über das politische System in Österreich und in welchem Ausmaß vertrauen sie seinen Institutionen und Akteur:innen?
- Inwieweit sehen junge Menschen ihre politischen Anliegen im Parlament vertreten und wie bewerten sie die Wirksamkeit von politischer Beteiligung?
- Mit wem tauschen sich junge Menschen über politische Themen aus und über welche Kanäle informieren sie sich?

⁴ zu den Zusatzbefragungen siehe: Zandonella & Bohrn (2024),
zum Demokratie Monitor siehe: <https://www.demokratiemonitor.at/>

- Wie bewerten junge Menschen ausgewählte Aspekte der Demokratiebildung und in welcher Weise kommen sie dabei mit dem Parlament in Kontakt?

Im Folgenden werden zunächst das methodische Vorgehen und die Eckdaten der Befragung dargelegt (Kapitel 1). Darauf aufbauend werden die Ergebnisse vorgestellt (Kapitel 2, 3 und 4) und den Abschluss des Berichts bildet ein die zentralen Befunde zusammenfassendes Fazit (Kapitel 5).

1 Methodische Vorgehensweise

Datengrundlage der vorliegenden Studie ist eine **repräsentative Befragung** von 1.009 16- und 26-Jährigen mit Wohnsitz in Österreich. Die Interviews fanden zwischen Ende September und Ende November 2025 statt, sie wurden jeweils zur Hälfte telefonisch und online durchgeführt. Die durchschnittliche Dauer der Interviews betrug 8 Minuten.

Die Befragung ist eine Erweiterung der von 2018 bis 2024 durchgeführten Zusatzerhebung zum Demokratie Monitor: Bislang haben die jeweils rund 300 im Rahmen des Monitors befragten 16- bis 26-Jährigen einige zusätzliche Fragen beantwortet (zuletzt: Zandonella & Bohrn 2024). Der **Fragebogen** der aktuellen Erhebung basiert auf diesen Zusatzerhebungen und wurde in Abstimmung mit dem Monitor entwickelt. Einige Aspekte wurden aus den Vorgängerbefragungen und dem Monitor übernommen – sie haben sich bewährt und gewährleisten, dass auch künftig Veränderungen über die Zeit festgehalten werden können. Andere Teile wurden ausgetauscht oder ergänzt, um neue Aspekte und aktuelle Entwicklungen abbilden zu können. Der diesjährige Fragebogen umfasst folgende zentrale Themenbereiche:

- das Vertrauen der jungen Menschen in das politische System, ihre Repräsentationswahrnehmung und politische Selbstwirksamkeit
- die Informationsquellen der jungen Menschen und ihre politische Beteiligung
- ausgewählte Aspekte der Demokratiebildung und den Kontakt der jungen Menschen mit dem Parlament

Das **Sampling** der Telefon-Stichprobe erfolgte per Zufall aus dem öffentlichen Telefonbuch und mittels RLD-Verfahren⁵ generierter Telefonnummer. Die Online-Stichprobe wurde per Zufall aus dem Access-Panel gezogen, welches zur Gewährleistung der Repräsentativität offline rekrutiert wurde (Cornesse et al. 2020).

Nach Abschluss der Erhebung wurde der Rohdatensatz einer **Qualitätsprüfung** unterzogen: Zum einen wurde mittels Konsistenz- und Plausibilitätstests kontrolliert, ob die Antworten der Befragten in sich stimmig sind und ob Antwortmuster auftreten, die eine ernsthafte Fragebeantwortung ausschließen. Zum anderen wurde geprüft, ob bei einzelnen Fragen oder Befragten auffallend viele fehlende Werte auftreten (Analyse des Item- und Unit Non Response).

⁵ Random Last Digit – zufällige letzte Ziffer

Gegebenenfalls sind an dieser Stelle Befragte von der Auswertung auszuschließen – im vorliegenden Fall war dies nicht der Fall.

Schließlich wurde die unterschiedliche Teilnahmebereitschaft verschiedener Bevölkerungsgruppen (Schräpler 2000) innerhalb des eng gesteckten Rahmens guter wissenschaftlicher Praxis (Sand & Kunz 2020) mittels **Gewichtung** ausgeglichen. Dabei werden relevante Merkmale der Stichprobe (Geschlecht, Alter, formale Bildung, Erwerbsstatus, Region und Stadt/Land) an die Verteilungen der Grundgesamtheit angepasst. Die ungewichteten Fallzahlen dieser und weiterer relevanter Merkmale sind in Tabelle 1 gelistet.

Tabelle 1: Ungewichtete Verteilungen und Fallzahlen

	Anteil Bevölkerung*	Anteil Befragte (ungewichtet)	Anzahl Befragte (ungewichtet)
Frauen	48%	48%	482
Männer	52%	51%	513
divers		1%	10
16 bis 19 Jahre	34%	26%	261
20 bis 23 Jahre	36%	37%	378
24 bis 26 Jahre	30%	37%	370
Pflichtschule	38%	22%	225
Lehre	18%	18%	182
Berufsbildende mittlere Schule	8%	8%	85
Matura	28%	35%	354
Universität	8%	16%	162
Erwerbstätige	67%	65%	654
Schüler:innen / Studierende	22%	28%	284
anderes	11%	7%	71
kein Migrationshintergrund	66%	78%	789
Migrationshintergrund	34%	22%	220
Staatsbürgerschaft Österreich	74%	84%	853
Staatsbürgerschaft Ausland	26%	16%	156
Westen (Vbg., T., Sbg., OÖ)	36%	35%	348
Süden (Ktn., Stmk.)	19%	17%	170
Osten (NÖ, W., Bgld.)	45%	47%	466
urbane Regionen	59%	64%	635
ländliche Regionen	41%	36%	350

* Statistik Austria (2025a, 2025b, 2005c)

Die **Datenauswertung** erfolgte zunächst deskriptiv und teils explorativ, Hypothesen und Zusammenhänge wurden mittels bi- und multivariater statistischer Verfahren geprüft. Bei der Interpretation von Gruppenunterschieden sind wiederum Schwankungsbreiten zu berücksichtigen. Diese geben abhängig von der Stichprobengröße und mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5% jenen Bereich

an, innerhalb dessen der „wahre“ Prozentwert in der Grundgesamtheit liegt. Bei $n=1.009$ kann als Richtwert die maximale Schwankungsbreite von $\pm 3,1$ Prozentpunkten herangezogen werden (Bortz & Schuster 2016). Sämtliche der in diesem Bericht dokumentierten Unterschiede zwischen Gruppen wurden auf statistische Signifikanz geprüft.

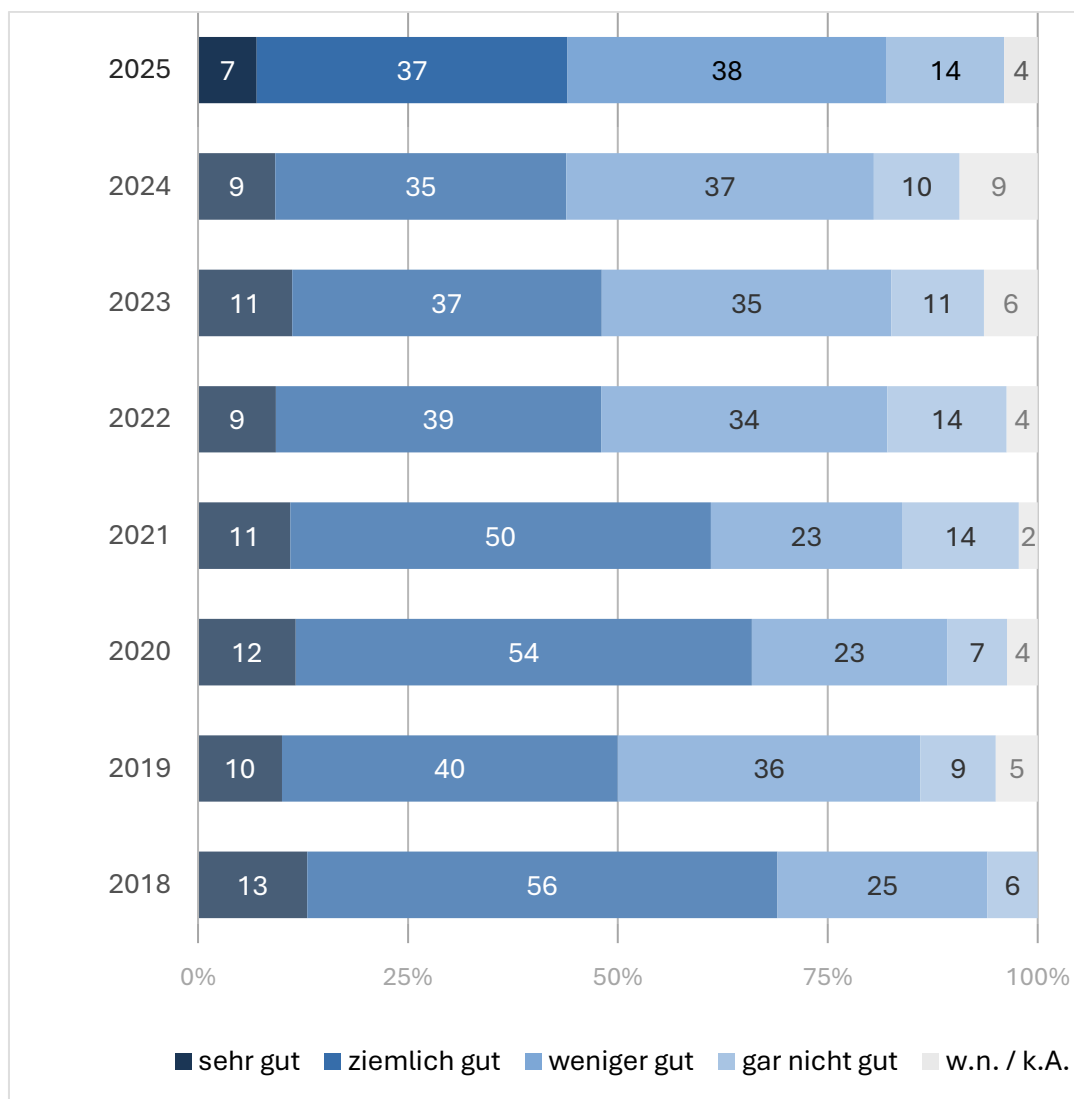
Vergleiche über die Zeit werden aufgrund der geringen Stichprobengröße der Zusatzbefragungen 2018 bis 2024 (jeweils rund $n=300$) entsprechend vorsichtig und ausschließlich entlang eindeutig feststellbarer Trends gezogen. Für die Vergleiche mit der älteren Bevölkerung wird der Demokratie Monitor herangezogen. Dieser untersucht seit 2018 einmal pro Jahr, was die Menschen über das politische System in Österreich und die Demokratie im Allgemeinen denken. Die letzte, in seinem Rahmen stattfindende repräsentative Befragung von 2.000 Menschen ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Österreich fand – weitgehend parallel zur vorliegenden Erhebung – im Oktober und November 2025 statt (Zandonella 2025).

Abschließend ist im Folgenden zu beachten, dass bei der Darstellung von Häufigkeiten auf volle Prozentzahlen gerundet wird – dadurch kann es in Tabellen und Abbildungen zu geringfügigen Unter- bzw. Überschreitungen der Summe von 100% kommen.

2 Die Sicht der jungen Menschen auf das politische System

Derzeit denken 44% der 16- bis 26-Jährigen, dass das politische System in Österreich sehr oder ziemlich gut funktioniert. An dieser Einschätzung hat sich seit 2022 nichts verändert, zu Beginn der Zusatzbefragungen im Jahr 2018 fiel sie jedoch noch deutlich positiver aus (69%). Im Zeitverlauf sticht außerdem hervor, dass sich das Vertrauen in das politische System nach einem ersten Rückgang infolge der Ibiza-Affäre (2019) rasch wieder erholt hatte. Demgegenüber ist der zweite Rückgang in Zusammenhang mit den sich ausbreitenden Krisenphänomene (2022) bislang nachhaltig (Abbildung 1).

Abbildung 1: Bewertung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems



Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“

Quelle 2018 bis 2024: Zusatzbefragungen zum Demokratie Monitor (Zandonella & Bohrn 2024).

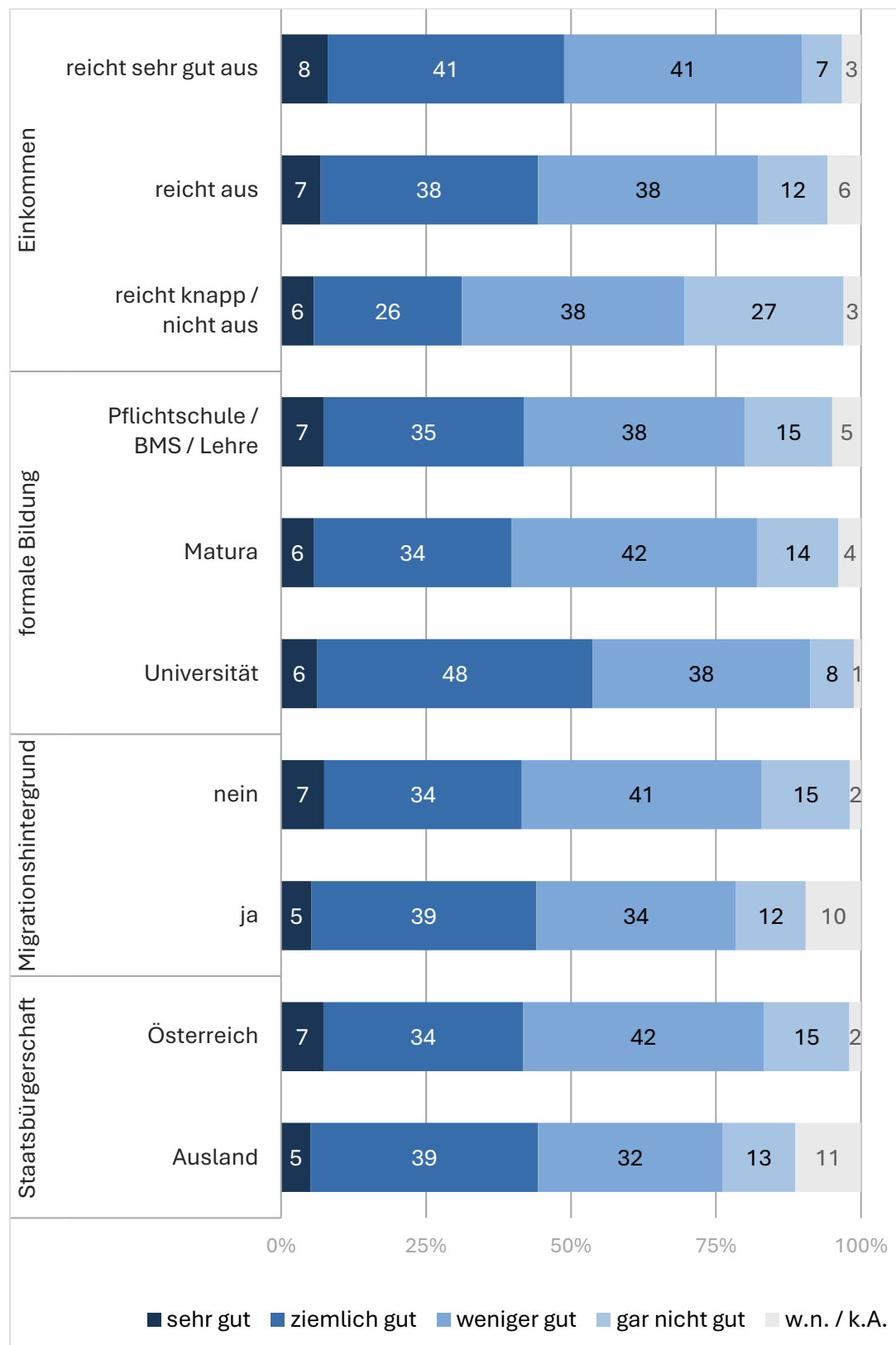
An dieser Stelle hervorzuheben ist, dass die 16- bis 26-Jährigen keine in sich homogene Gruppe sind: Etwas mehr als ein Fünftel geht noch zur Schule oder studiert, etwas weniger als ein Zehntel absolviert gerade eine Lehrausbildung und rund 60% sind erwerbstätig (Statistik Austria 2025d). Dementsprechend wohnt ein Teil von ihnen auch noch zu Hause, während andere bereits im eigenen Haushalt leben. Mit Blick auf ihre finanzielle Lage waren zuletzt mit 19% beinahe ein Fünftel der 16- bis 26-Jährigen armuts- oder ausgrenzungsgefährdet⁶ – in der vorliegenden Befragung berichtet rund ein Viertel der jungen Menschen, dass das in ihren Haushalten zur Verfügung stehende Einkommen nur knapp oder gar nicht ausreicht. Auch von zentralen politischen Beteiligungsrechten wie der Teilnahme an Wahlen zu unseren gesetzgebenden Versammlungen ist rund jede:r Vierte (26%) aufgrund einer nicht-österreichischen Staatsbürgerschaft ausgeschlossen (Statistik Austria 2025a).

Entlang dieser Lebensrealitäten bzw. der damit einhergehenden Teilhabechancen und Anerkennungsdynamiken unterscheidet sich auch die Zufriedenheit mit dem bzw. das Vertrauen in das politische System. So denkt rund die Hälfte (49%) der 16- bis 26-Jährigen aus finanziell gut abgesicherten Haushalten, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Unter jenen, deren finanzielle Ressourcen knapp oder nicht ausreichen, ist es nur rund ein Drittel (32%). Auch junge Menschen mit Universitätsabschluss bewerten das politische System positiver als jene ohne akademischen Abschluss (54% gegenüber rund 40%) (Abbildung 2).

In Hinblick auf die 16- bis 26-Jährigen mit Migrationshintergrund und ausländischen Staatsbürgerschaften fällt wiederum auf, dass sie häufiger keine Bewertung abgeben (jeweils rund jede:r Zehnte). Werden diese Anteile ausgeklammert, fällt die Einschätzung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems in diesen beiden Gruppen tendenziell positiver aus als unter den jungen Menschen ohne Migrationshintergrund bzw. mit österreichischer Staatsbürgerschaft (Abbildung 2). Im Gegensatz dazu unterscheiden sich die Bewertungen der jungen Frauen und Männer, der jüngeren und älteren Kohorten sowie der jungen Menschen in urbanen und ländlichen Regionen nicht voneinander.

⁶ Auskunft der Statistik Austria per Mail am 5. Februar 2026, Datenquelle: EU-SILC 2024. Diese seit 2003 jährlich stattfindende Erhebung zu den Lebensbedingungen in der EU ist Grundlage für die Berechnung der nationalen und europäischen Armutsindikatoren. Zum Zeitpunkt der Berichtslegung waren die Daten aus dem Jahr 2025 noch nicht verfügbar. Siehe hierzu auch: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/armut>

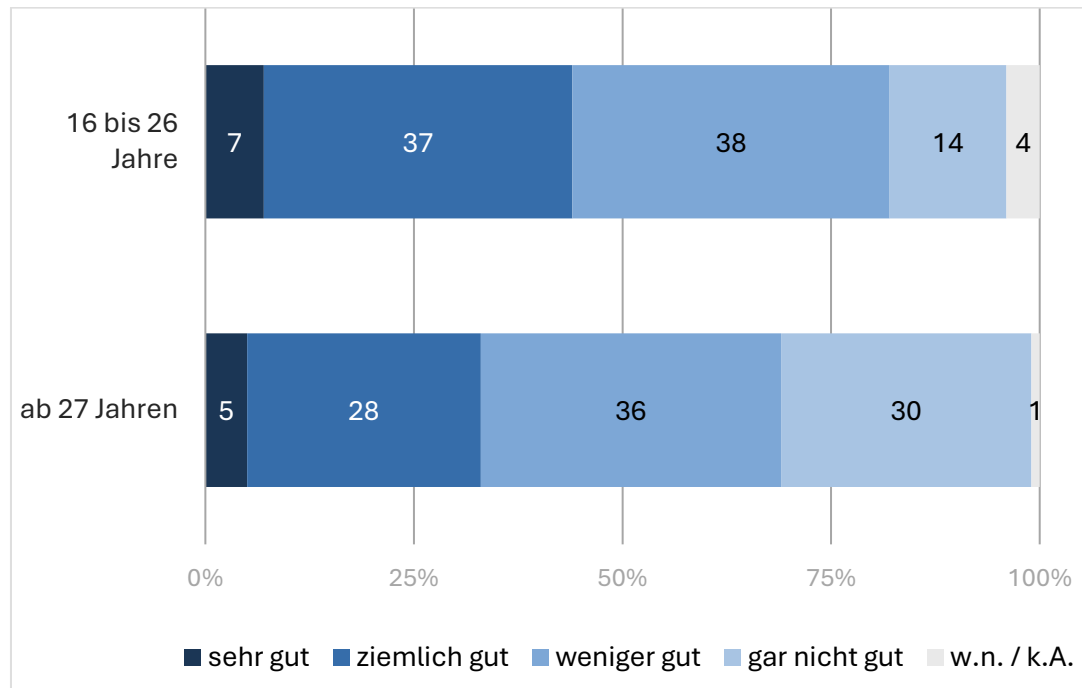
Abbildung 2: Bewertung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems in unterschiedlichen Gruppen



Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“

Im Vergleich mit der älteren Bevölkerung blicken die jungen Menschen positiver auf das politische System: Während 44% der 16- bis 26-Jährigen denken, dass dieses derzeit gut funktioniert, sind es unter den ab 27-Jährigen nur 33%. Hinzu kommt, dass mit 30% doppelt so viele ältere wie jüngere Menschen davon überzeugt sind, dass das politische System in Österreich derzeit gar nicht gut funktioniert (Abbildung 3).

Abbildung 3: Bewertung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems im Vergleich mit der älteren Bevölkerung



Frage im Wortlaut: „Alles in allem betrachtet: Funktioniert das politische System in Österreich derzeit sehr gut, ziemlich gut, weniger gut oder gar nicht gut?“

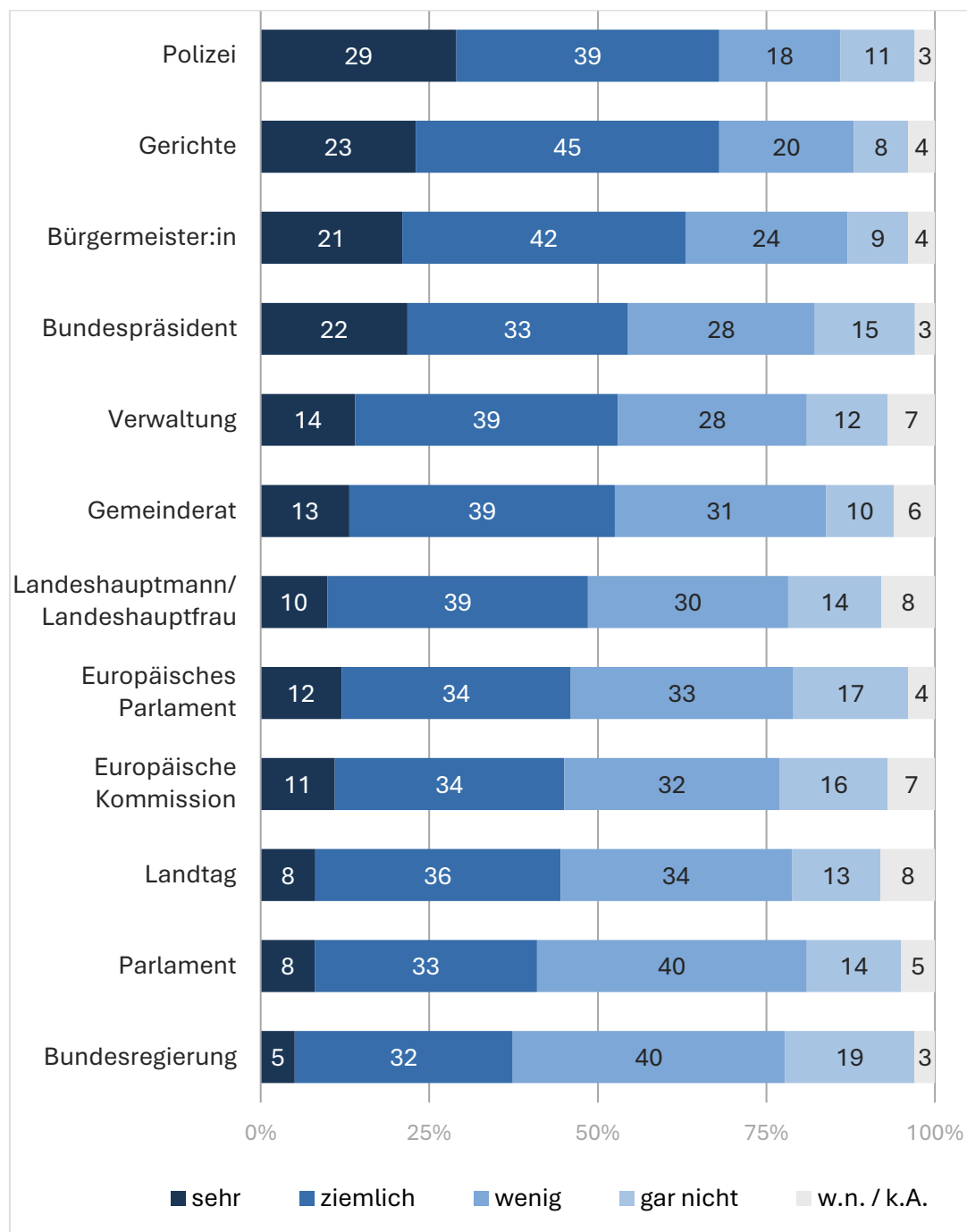
Quelle ab 27-Jährige: Demokratie Monitor 2025 (Zandonella 2025).

2.1 Vertrauen in Institutionen

Ein etwas tiefergehendes Verständnis der Sicht der jungen Menschen auf das politische System ermöglicht die Betrachtung ihres Vertrauen in unterschiedliche Institutionen. Zunächst fällt hierbei ein bereits aus der Gesamtbevölkerung bekanntes Muster auf (zuletzt: Zandonella 2025): Auch die 16- bis 26-Jährigen vertrauen jenen Institutionen häufiger, die entlang der festgelegten Regeln Sicherheit und Stabilität gewährleisten. Dies gilt allen voran für die Polizei und die Gerichte – jeweils 68% vertrauen diesen sehr oder ziemlich. Demgegenüber fällt das Vertrauen in jene Institutionen, die mit der politischen Gestaltung dieser Regeln befasst sind, geringer aus: Ihren jeweiligen Landtagen vertrauen 44% der jungen Menschen, dem Parlament 41% und der Bundesregierung 37% (Abbildung 4).

Innerhalb der politischen Landschaft Österreichs ist das Vertrauen in die Bürgermeister:innen am höchsten – 63% der jungen Menschen vertrauen diesen sehr oder ziemlich. Bereits mit etwas Abstand folgen der Bundespräsident (55%), der jeweilige Gemeinderat (52%) und die Landeshauptleute (49%), dahinter die Landtage (44%) und das Parlament (41%). Mit letzteren etwa gleichauf liegen das Europäische Parlament (46%) und die Europäische Kommission (45%) (Abbildung 4).

Abbildung 4: Institutionenvertrauen 2025



Frage im Wortlaut: „Vertrauen Sie den folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“

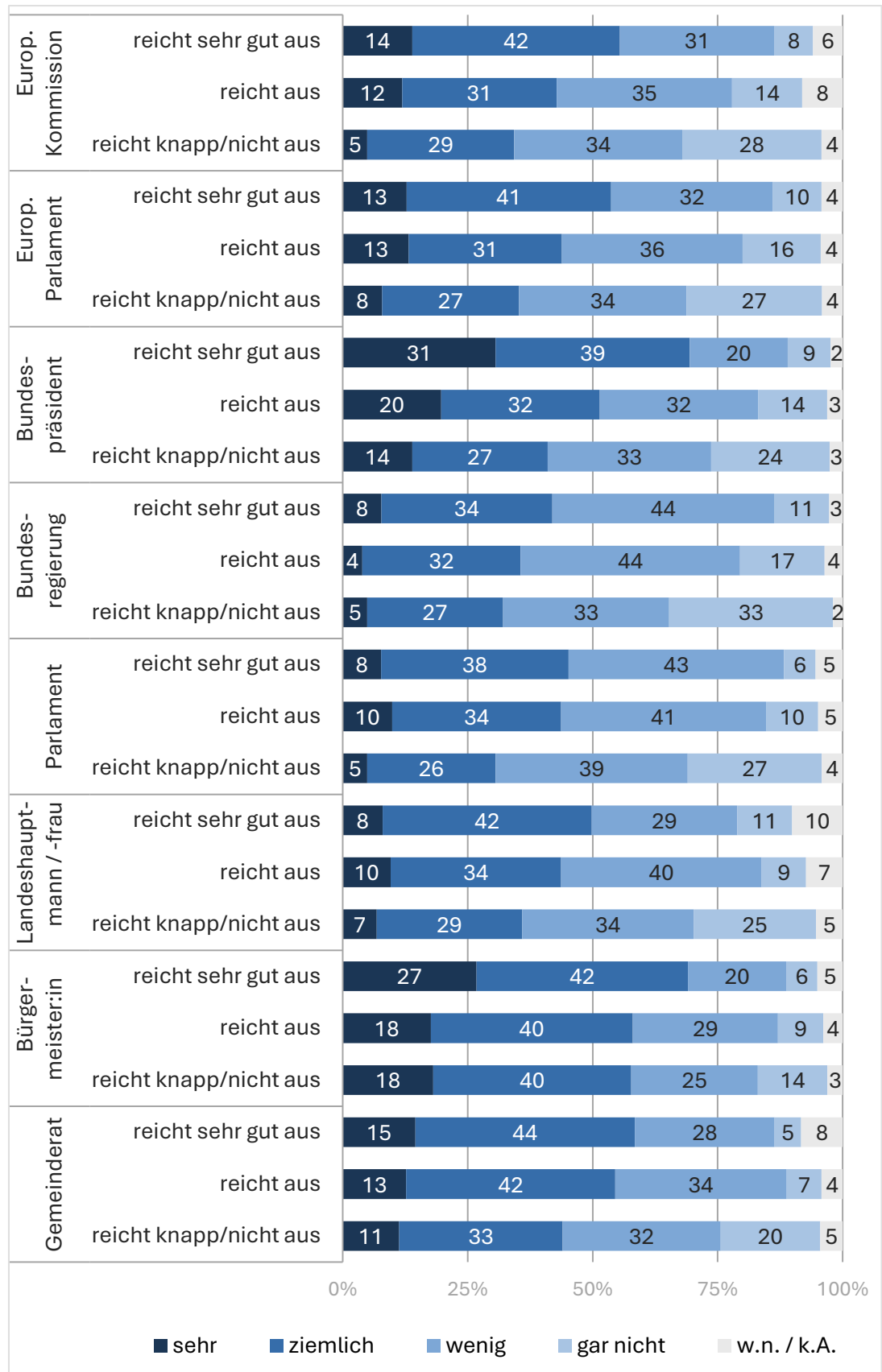
Über die Zeit hinweg betrachtet, blieb das Vertrauen der 16- bis 26-Jährigen in die Polizei, die Gerichte und die Verwaltung sowie in den Bundespräsidenten stabil. Im Gegensatz dazu haben Parlament und Bundesregierung an Vertrauen verloren: Während im Jahr 2020 56% der jungen Menschen dem Parlament vertraut haben, sind es aktuell 41%. Auch der Bundesregierung haben 2020 noch 51% der 16- bis 26-Jährigen vertraut, inzwischen sind es 37% (2020: Zandonella & Bohrn 2024).

Die bereits zuvor angesprochenen unterschiedlichen Lebensrealitäten der jungen Menschen prägen auch ihr Institutionenvertrauen. Ein Zusammenhang zieht sich dabei durch den gesamten politischen Raum: Je besser die finanzielle Lage der 16- bis 26-Jährigen, desto höher ist ihr Vertrauen. Am deutlichsten zeigt sich dies in Hinblick auf den Bundespräsidenten: 70% der jungen Menschen aus finanziell gut abgesicherten Haushalten vertrauen ihm sehr oder ziemlich, jedoch nur 41% jener aus Haushalten, deren Einkommen knapp oder gar nicht ausreicht. Am geringsten, aber dennoch deutlich, ist der mit den finanziellen Ressourcen zusammenhängende Vertrauensunterschied bei den Bürgermeister:innen (69% gegenüber 58%) und der Bundesregierung (42% gegenüber 32%) (Abbildung 5).

Außerdem fällt auf, dass das Institutionenvertrauen der drei jüngsten Jahrgänge im Vergleich zu den älteren stärker personenbezogen ist. So vertrauen 60% der 16- bis 19-Jährigen dem Bundespräsidenten sehr oder ziemlich, unter den 20- bis 26-Jährigen sind es mit 52% etwas weniger. In einer ähnlichen Größenordnung gilt dies auch für das Vertrauen in die Landeshauptleute (54% gegenüber 46%) und die Bürgermeister:innen (67% gegenüber 56%).

Das Vertrauen in die Europäischen Institutionen und die gesetzgebenden Versammlungen ist wiederum bei den jungen Menschen mit akademischem Abschluss höher: Jeweils rund 60% von ihnen vertrauen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament sehr oder ziemlich, gegenüber jeweils rund 48% mit Matura und jeweils rund 42% mit Pflichtschul-, BMS- oder Lehrabschluss. Auch den Landtagen vertrauen 51% der 16- bis 26-Jährigen mit akademischem Abschluss, unter jenen ohne tertiäre Ausbildung sind es 42%. Ähnliches gilt für das Parlament: Diesem vertrauen 56% der jungen Menschen mit Universitätsabschluss gegenüber rund 40% der 16- bis 26-Jährigen mit formal geringeren Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen.

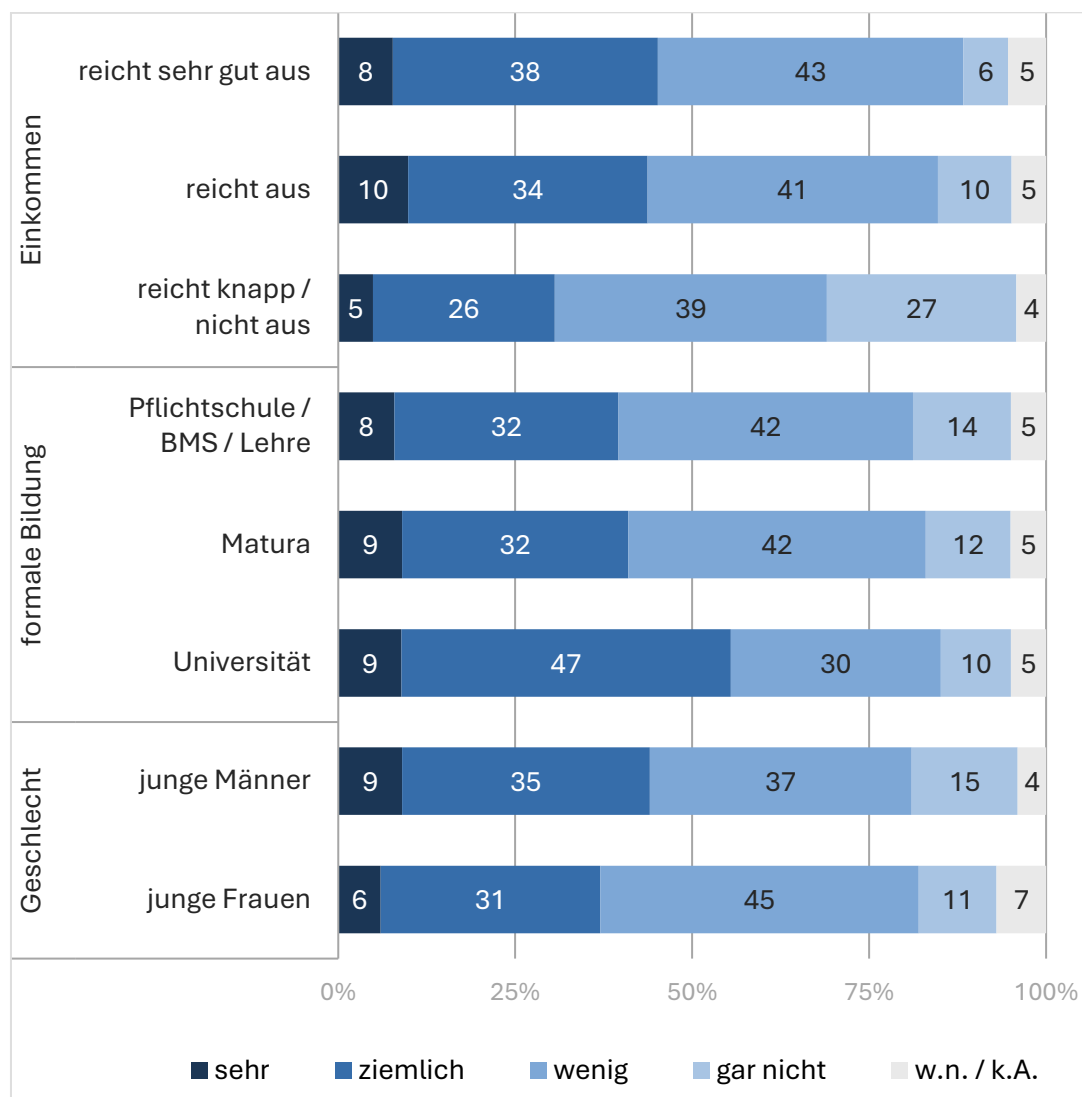
Abbildung 5: Institutionenvertrauen nach finanzieller Lage



Frage im Wortlaut: „Vertrauen Sie den folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht?“

In Zusammenhang mit dem Vertrauen in das Parlament zeigt sich neben den bereits aufgezeigten ökonomischen- und Bildungs-Gaps auch ein Gender Gap: Mit 44% vertrauen junge Männer dem Parlament häufiger als junge Frauen (37%) (Abbildung 6).

Abbildung 6: Vertrauen in das Parlament in unterschiedlichen Gruppen



Frage im Wortlaut: „Vertrauen Sie den folgenden Institutionen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht? Dem Parlament.“

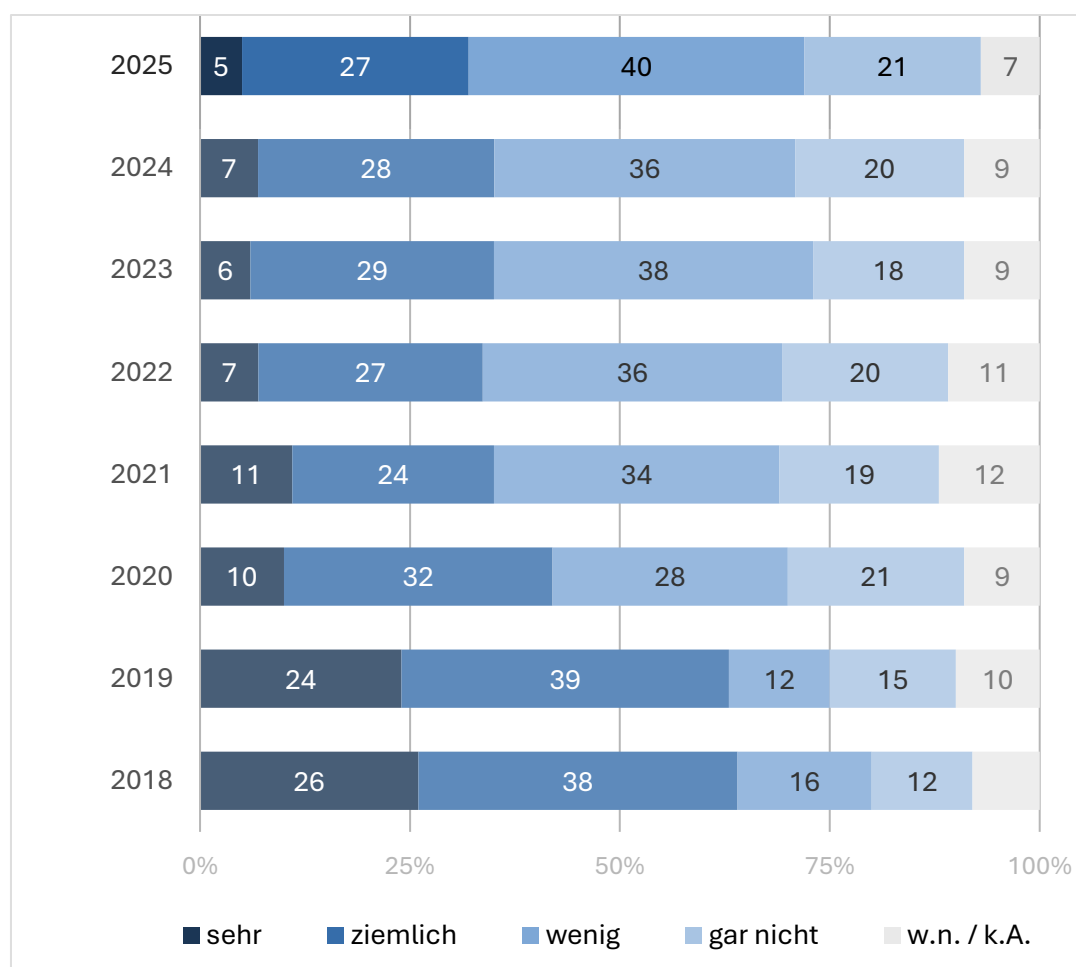
2.2 Repräsentation & politische Selbstwirksamkeit

Ein geringeres Institutionenvertrauen kann unterschiedliche Ursachen haben und ist nicht grundsätzlich negativ zu bewerten. So sind Bürger:innen mit einer konstruktiv-kritischen Haltung gegenüber staatlicher Macht bedeutsamer Teil lebendiger Demokratien (Warren 2018). Fällt das Vertrauen jedoch in bestimmten Gruppen geringer aus und betrifft der Vertrauensverlust repräsentative Institutionen, kann dies auf Ungleichgewichte in deren Responsivität hindeuten.

Responsivität bezieht sich dabei auf das Vermögen politischer Institutionen, unterschiedliche gesellschaftliche Anliegen wahrzunehmen, abzuwägen und in ihre Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Zahlreiche Forschungsergebnisse zeigen hierzu, dass das Systemvertrauen der Bürger:innen sinkt, wenn sie ihre Anliegen nicht (mehr) im politischen Prozess wiederfinden. In der Folge nehmen auch ihre politische Selbstwirksamkeit und Beteiligungsneigung ab (u.a. Traber et al. 2021, Torcal & Christmann 2021, Elsässer & Schäfer 2017, Van der Meer & Hakhverdian 2017, Peters & Ensink 2015).

Diese Zusammenhänge spiegeln sich in den Wahrnehmungen der jungen Menschen wider: Im Zuge der Pandemie hat sich bei ihnen der Eindruck zunächst verstärkt und dann verfestigt, dass ihre Anliegen im Parlament nicht ausreichend berücksichtigt werden. Waren in der Zusatzbefragung 2018 also noch fast zwei Drittel (64%) der 16- bis 26-Jährigen davon überzeugt, im Parlament gut vertreten zu sein, sank dieser Anteil 2020 auf 42% und liegt seit 2021 stabil bei rund einem Drittel (Abbildung 7).

Abbildung 7: Repräsentationswahrnehmung

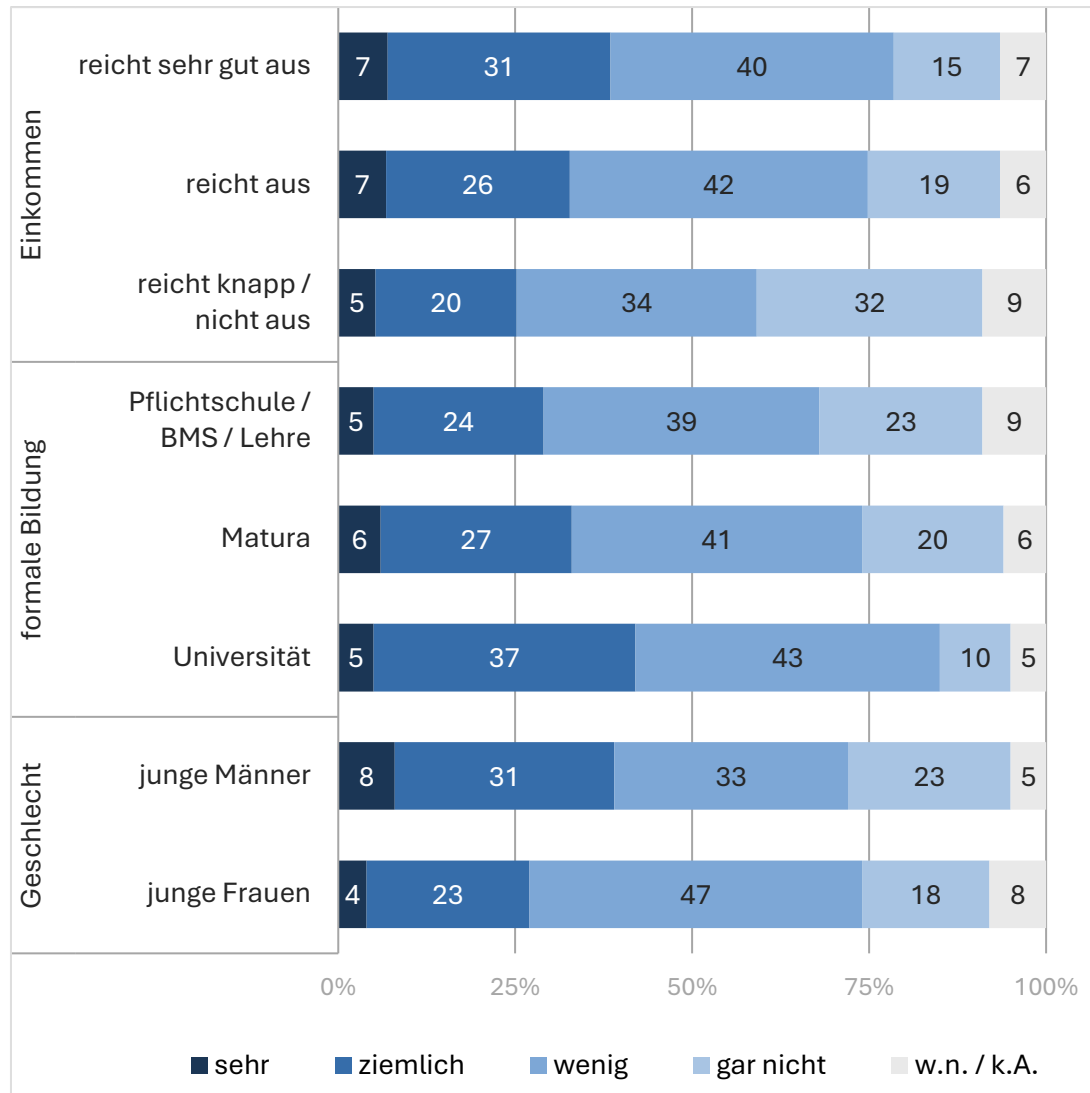


Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Im österreichischen Parlament sind Menschen wie ich gut vertreten.“

Quelle 2018 bis 2024: Zusatzbefragungen zum Demokratie Monitor (Zandonella & Bohrn 2024).

Eng mit der Repräsentationswahrnehmung ist das Vertrauen der 16- bis 26-Jährigen verknüpft: Wer sich im Parlament gut vertreten sieht, bringt nicht nur dieser Institution größeres Vertrauen entgegen, sondern bewertet auch das politische System insgesamt positiver. So ist das Vertrauen in das Parlament nahezu doppelt so hoch, wenn sich junge Menschen dort sehr oder ziemlich gut vertreten sehen (61% gegenüber 32% unter jenen mit geringer Repräsentationswahrnehmung). Zudem sind 65% der 16- bis 26-Jährigen mit hoher Repräsentationswahrnehmung der Ansicht, dass unser politisches System sehr oder ziemlich gut funktioniert – unter jenen mit geringer Repräsentationswahrnehmung trifft dies auf nur auf 34% zu.

Der konsistente Zusammenhang zwischen Vertrauen und Repräsentation zeigt sich auch an anderer Stelle: Eben jene Gruppen, die dem Parlament häufiger vertrauen (Abbildung 6), berichten eine höhere Repräsentationswahrnehmung. So sehen sich 38% der jungen Menschen aus finanziell gut abgesicherten Haushalten im Parlament sehr oder ziemlich gut vertreten, jedoch nur 25% aus Haushalten mit knappem oder nicht ausreichendem Einkommen. Unter den 16- bis 26-Jährigen mit akademischem Abschluss berichten wiederum 42% eine hohe Repräsentationswahrnehmung – unter jenen ohne tertiäre Ausbildung sind es demgegenüber nur rund 30%. Auch 39% der jungen Männer, jedoch nur 27% der jungen Frauen sehen sich im Parlament sehr oder ziemlich gut vertreten (Abbildung 8).

Abbildung 8: Repräsentationswahrnehmung in unterschiedlichen Gruppen

Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Im österreichischen Parlament sind Menschen wie ich gut vertreten.“

Repräsentation kann unterschiedliche Formen annehmen: In ihrer deskriptiven Ausprägung geht es zunächst darum, inwieweit die Zusammensetzung der Parlamente jene der dazugehörigen Bevölkerung abbildet (Pitkin 1967) – zum Beispiel entlang von Geschlecht, Alter, formaler Bildung, Berufen oder regionaler Herkunft. Für die jungen Menschen kann hierzu festgehalten werden, dass derzeit fünf der 183 Nationalratsabgeordneten zwischen 20 und 29 Jahre alt sind (Parlament Österreich 2025)⁷. Damit stellen die unter 30-Jährigen knapp 3% der Abgeordneten, jedoch 17% der wahlberechtigten Bevölkerung (Statistik Austria

⁷ Die auf der Website des Parlaments Österreich veröffentlichte Altersstatistik der Abgeordneten beginnt bei 20 Jahren und erfolgt in 10-Jahres-Schritte. Für die 16- bis 26-Jährigen sind daher keine Daten verfügbar.

2025a). Nicht nur die junge Generation, auch Menschen ohne Universitätsabschluss (Jennewein 2024) und Frauen sind im Nationalrat unterrepräsentiert. So sind zwar 51% der Wahlberechtigten, jedoch nur 36% der Abgeordneten weiblich, unter den fünf Abgeordneten unter 30 Jahren findet sich eine Frau (Statistik Austria 2025a, Parlament Österreich 2025).

Während deskriptive Repräsentation also darauf abzielt, wer in den Parlamenten sitzt, konzentriert sich substantielle Repräsentation darauf, wessen Interessen dort politisch vertreten werden (Pitkin 1967). Diese beiden Repräsentationsformen sind jedoch nicht unabhängig voneinander. Inzwischen zeigen zahlreiche Forschungsarbeiten, dass ein gewisses Maß an deskriptiver Repräsentation erforderlich ist für substantielle Repräsentation. So werden beispielsweise Gleichstellungsthemen häufiger debattiert, wenn der Frauenanteil in den Parlamenten höher ist. Zudem haben die oberen Einkommensgruppen u.a. deshalb eine höhere Chance auf Umsetzung ihrer politischen Anliegen, weil die Meinungen der Abgeordneten häufiger mit jenen Gruppen übereinstimmen, denen sie selbst angehören (u.a. Elsässer & Schäfer 2023 & 2017, Xydas 2014, Lloren 2014, Gilens & Page 2014, Giger et al. 2012, Wängnerud 2009).

Was sind nun aber die politischen Anliegen der jungen Menschen? In der vorliegenden Befragung wurde diese Frage offen gestellt – die 16- bis 26-Jährigen mussten sich also in kein vorgegebenes Antwortschema einordnen, sondern konnten frei, entlang ihrer eigenen Prioritäten und in ihren eigenen Worten berichten. Im Zuge der Datenauswertung wurden ihre Antworten auf die Frage *„Welches Thema sollte die Politik in Österreich mit Blick auf die jungen Menschen dringend angehen?“* dann thematisch kodiert und inhaltlich zusammengefasst (Abbildung 9).

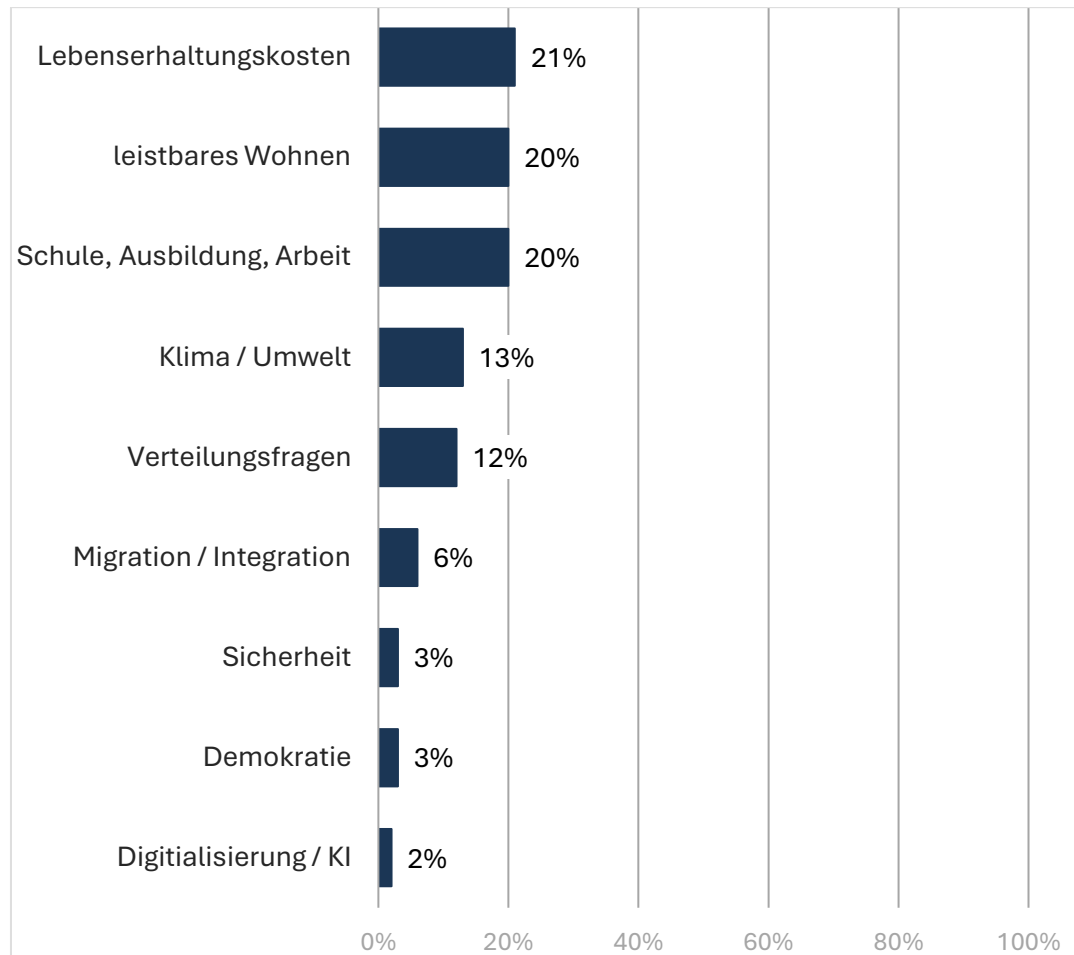
Ganz oben auf der Prioritätenliste der jungen Menschen stehen derzeit materielle Rahmenbedingungen: Lebenserhaltungs- und Wohnkosten sind infolge der Teuerung verstärkt ins Bewusstsein der 16- bis 26-Jährigen gerückt, damit verbundene Belastungen prägen ihre Lebensrealitäten häufiger als zuvor.

Der daran anschließende Themenkomplex zu Schule, Ausbildung und Arbeit ist lebensphasentypisch strukturiert und umfasst den Wunsch nach mehr Unterstützung bei der Ausbildungs- und Berufswahl sowie beim Übergang in den Arbeitsmarkt. Ebenso betont wird der Bedarf an ausreichenden, guten und – insbesondere im Kontext der Digitalisierung – zukunftsfähigen Erwerbsmöglichkeiten.

Für einen weiteren Teil der jungen Menschen haben wirksame Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels und zur Bewältigung seiner Folgen oberste politische Priorität. In vergleichbarem Ausmaß werden Verteilungsfragen

thematisiert, insbesondere Armutsbekämpfung, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich sowie ein ungleicher Zugang zu Gesundheitsversorgung.

Abbildung 9: Politische Anliegen der jungen Menschen



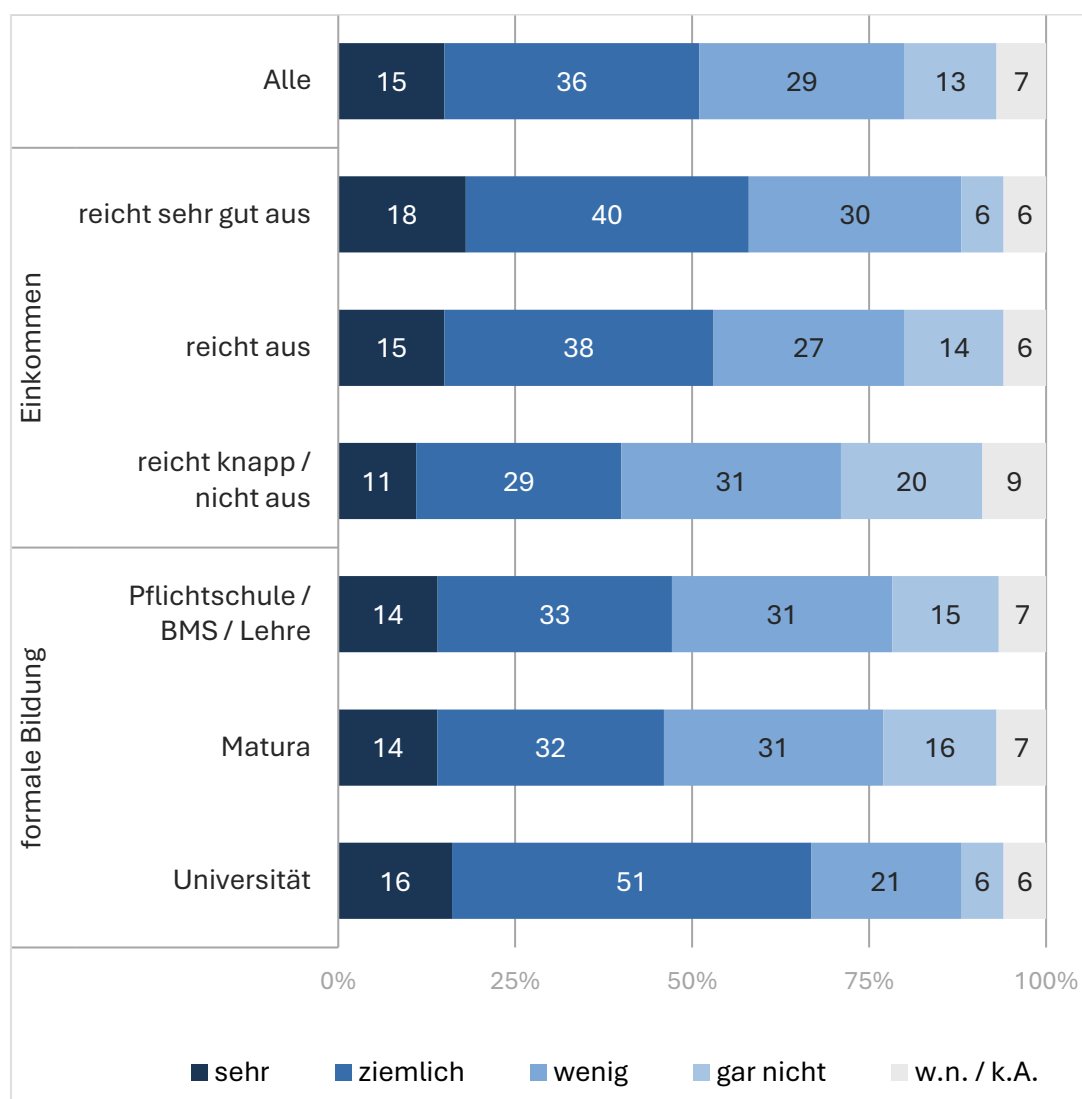
Frage im Wortlaut: „Welches Thema sollte die Politik in Österreich mit Blick auf die jungen Menschen dringend angehen?“ (offene Frage)

Demokratien zeichnen sich dadurch aus, dass Bürger:innen ihre Anliegen auf unterschiedlichen Wegen in den politischen Prozess einbringen können. Ob sie sich tatsächlich beteiligen, hängt u.a. von ihrer Selbstwirksamkeit und damit von der Überzeugung ab, durch eigenes Handeln politische Wirkung erzielen zu können. Selbstwirksamkeit speist sich wiederum aus den bisherigen Erfahrungen, die Menschen mit dem bzw. als Teil des politischen Systems gemacht haben (u.a. Almond & Verba 1963, Bandura 1997, Caprara et al. 2009).

Hinsichtlich ihrer politischen Wirksamkeit sind die 16- bis 26-Jährigen geteilter Meinung: Rund die Hälfte von ihnen (51%) geht davon aus, mit Beteiligung etwas bewirken zu können, während die andere Hälfte dies eher bezweifelt. Analog zu Institutionenvertrauen und Repräsentationswahrnehmung ist auch die politische Selbstwirksamkeit maßgeblich von den Lebensrealitäten der jungen

Menschen bzw. den damit zusammenhängenden Teilhabechancen und Anerkennungsdynamiken geprägt. So denken 58% der 16- bis 26-Jährigen aus finanziell gut abgesicherten Haushalten, dass sie mit politischer Beteiligung etwas bewirken können – unter den jungen Menschen aus Haushalten mit knappem oder nicht ausreichendem Einkommen sind es nur 40%. Auch junge Menschen mit akademischem Abschluss berichten im Vergleich mit jenen ohne tertiäre Ausbildung von einer höheren politischen Selbstwirksamkeit (67% gegenüber 47% bzw. 46%) (Abbildung 10).

Abbildung 10: Politische Selbstwirksamkeit

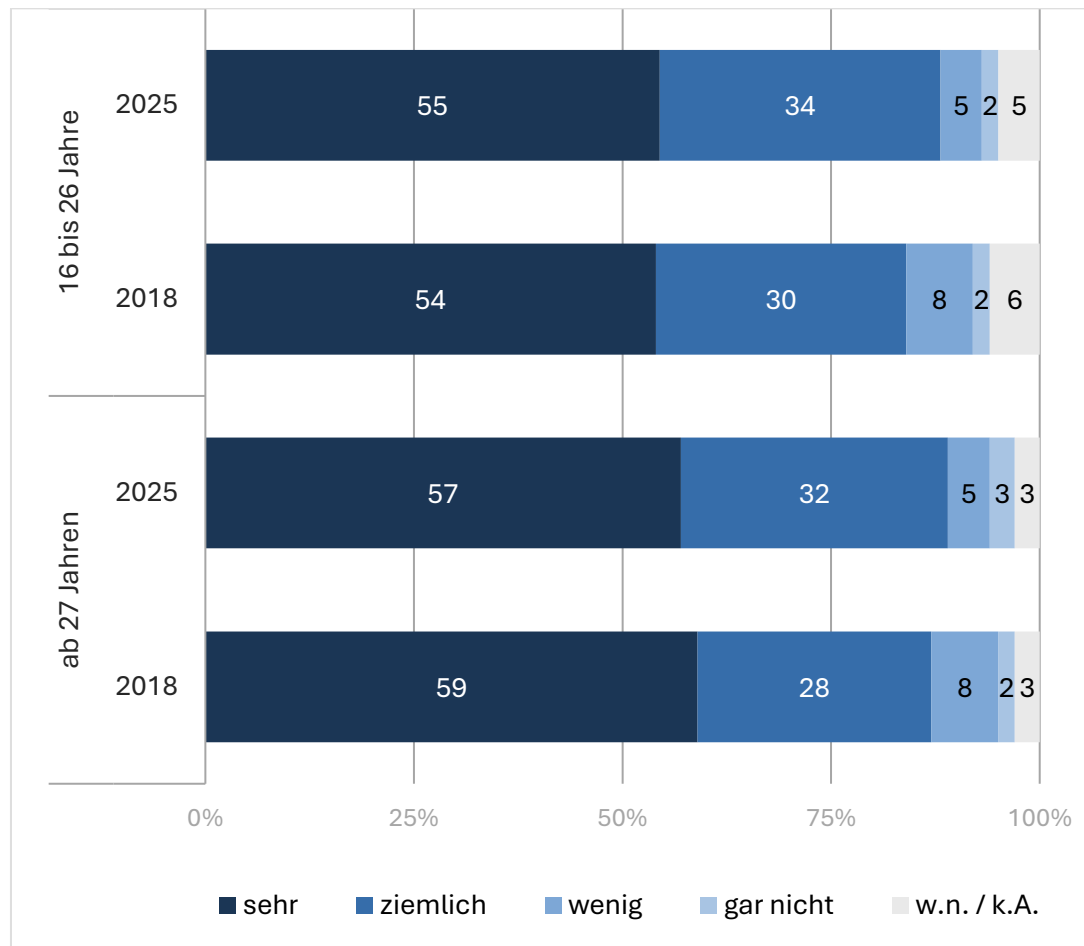


Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Menschen wie ich können etwas bewirken, wenn sie sich politisch beteiligen.“

Während die Zufriedenheit mit dem politischen System sowie das Vertrauen in dessen Institutionen unter den jungen Menschen variieren und zeitlichen Schwankungen unterliegen, ist ihre grundsätzliche Haltung zur Demokratie

gruppenübergreifend positiv und stabil. So denken derzeit beispielweise 89% der 16- bis 26-Jährigen, dass die Demokratie die beste Staatsform ist – das sind ebenso viele wie 2018. In dieser grundlegenden Zustimmung zur Demokratie unterscheiden sich die jungen Menschen auch nicht von der älteren Bevölkerung (Abbildung 11).

Abbildung 11: Zustimmung zur Demokratie als bester Staatsform



Frage im Wortlaut: „Stimmen Sie den folgenden Aussagen sehr, ziemlich, wenig, oder gar nicht zu?

Die Demokratie ist die beste Staatsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag.“

Quelle ab 27-Jährige: Demokratie Monitor (Zandonella 2018, 2025).

Quelle 16- bis 26-Jährige 2018: Zusatzbefragung zum Demokratie Monitor (Zandonella & Heinz 2018).

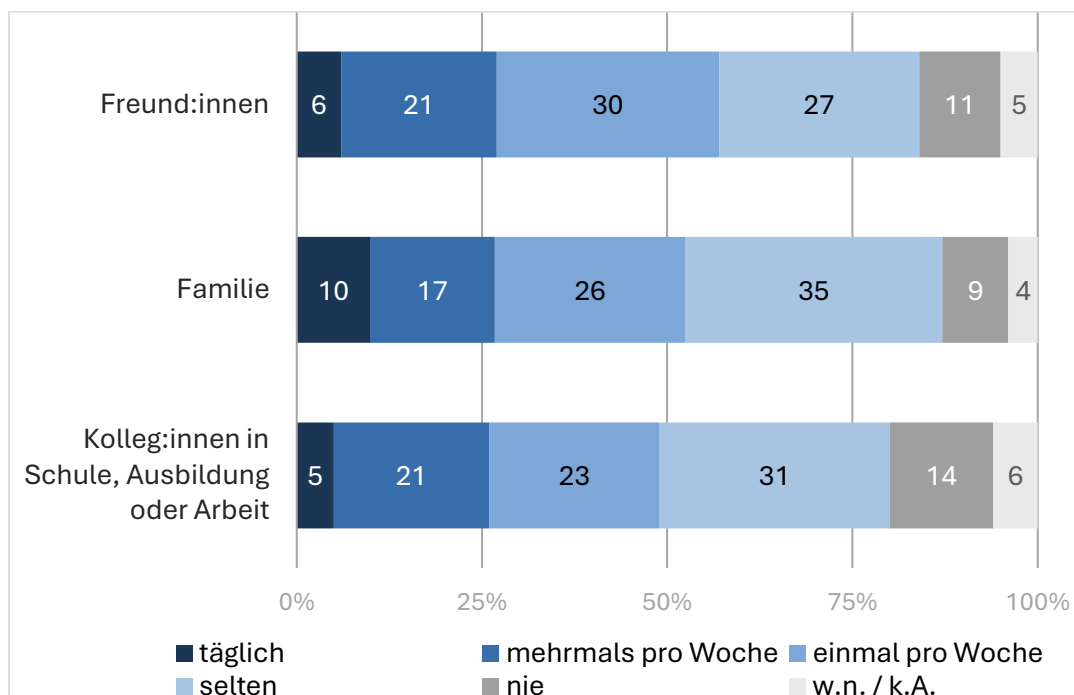
3 Politische Themen und Beteiligung im Alltag

Der Soziologe Oskar Negt betont, dass Demokratie „die einzige Staatsform ist, die gelernt werden muss“ (Negt 2004, S.197). Im Mittelpunkt stehen für ihn dabei weniger formale Wissensbestände als konkrete Alltagserfahrungen. Er begreift Demokratie in einem umfassenden Sinn als Lebensform, die auch im alltäglichen Handeln und in sozialen Beziehungen verankert sein muss, um dauerhaft Bestand zu haben (Negt 2010). Die folgenden Abschnitte greifen dieses Demokratieverständnis zumindest in Ansätzen auf und gehen der Frage nach, ob und mit wem junge Menschen im Alltag über politische Themen diskutieren, über welche Kanäle sie sich informieren und wo sie sich politisch beteiligen.

3.1 Austausch und Information zu politischen Themen

Bereits die Zusatzbefragungen haben nahegelegt, dass politische Themen infolge der Krisen der vergangenen Jahre stärker in den Alltag der jungen Menschen gerückt sind. Während 2018 noch rund 20% der 16- bis 26-Jährigen davon berichtet haben, in ihrem sozialen Umfeld nie über Politik zu sprechen, bewegt sich dieser Anteil seit 2019 im einstelligen Bereich (Zandonella & Bohrn 2024) und liegt aktuell bei 6%. Dabei diskutieren 57% zumindest einmal pro Woche mit Freund:innen über politische Themen, 53% mit ihrer Familie und 49% mit Kolleg:innen in Schule, Ausbildung oder Arbeit (Abbildung 12).

Abbildung 12: Gespräche über politische Themen



Frage im Wortlaut: „Sprechen Sie mit ... nie, selten, einmal pro Woche, mehrmals pro Woche oder täglich über politische Themen?“

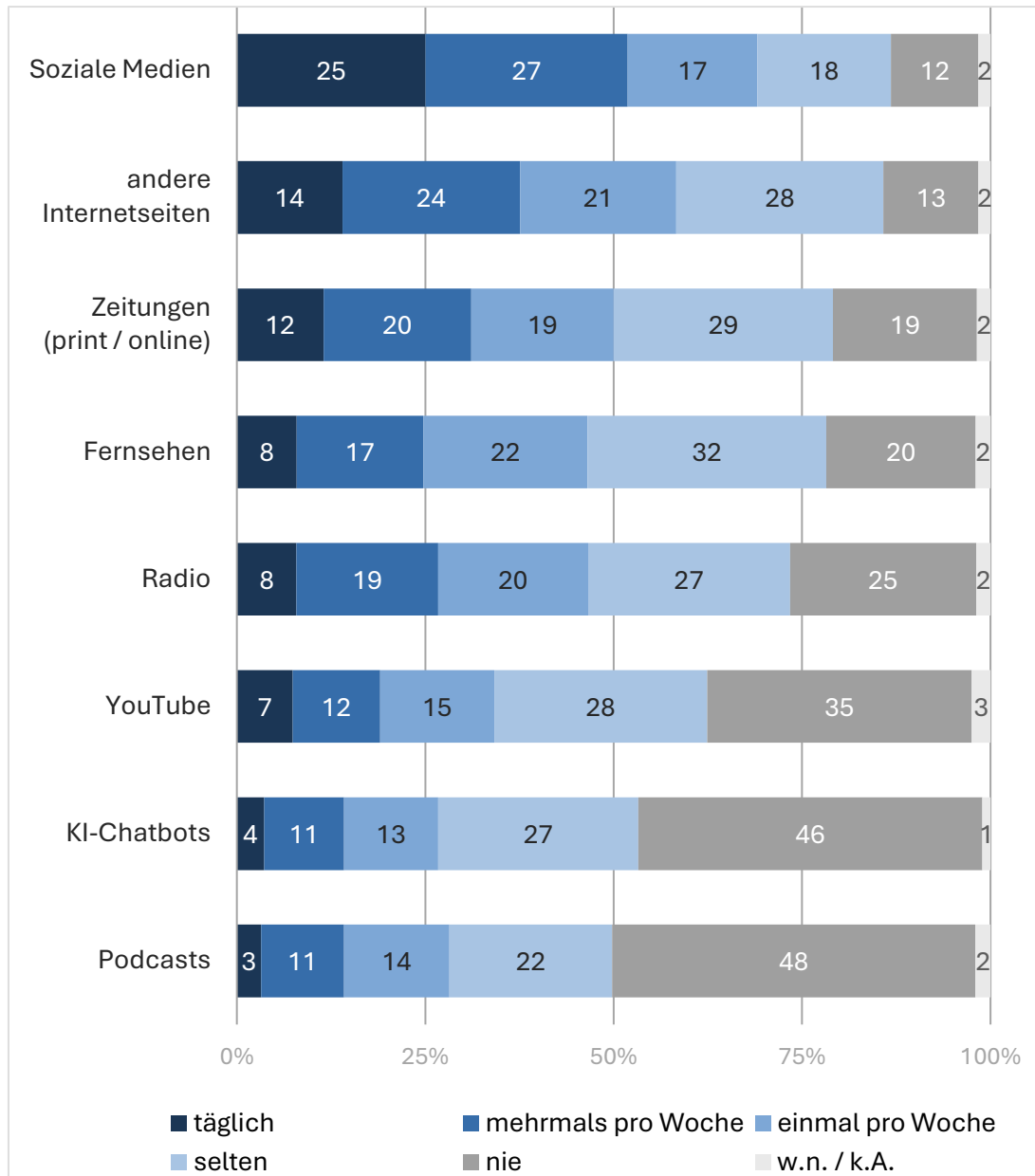
In Hinblick auf jene Kanäle, über die sich junge Menschen politisch informieren, zeigt die Forschung übereinstimmend, dass soziale Medien mittlerweile ihre wichtigste Nachrichtenquelle sind (u.a. saferinternet.at 2026, Newman et al. 2025, Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest 2025). Soziale Medien umfassen dabei digitale Plattformen und Anwendungen, die es Nutzer:innen ermöglichen, Inhalte zu erstellen, zu teilen, zu kommentieren und sich untereinander zu vernetzen, beispielsweise Instagram, TikTok, Facebook oder X.

Auch in der vorliegenden Befragung nehmen sie den ersten Rang ein: 69% der 16- bis 26-Jährigen informieren sich zumindest einmal pro Woche in den sozialen Medien über Politik. Im Zeitverlauf wird ihre rasche Etablierung deutlich: Im Rahmen der Zusatzbefragung 2018 haben noch 30% der jungen Menschen davon berichtet, soziale Medien als Quelle politischer Information zu nutzen (Zandonella & Bohrn 2024) – inzwischen sind es mehr als doppelt so viele.

Soziale Medien sind die häufigste, jedoch keineswegs die einzige Informationsquelle der 16- bis 26-Jährigen. Rund die Hälfte greift zumindest einmal pro Woche auf Print- oder Onlineausgaben von Tageszeitungen zurück, 58% nutzen andere Internetseiten. Jeweils 47% informieren sich zumindest einmal wöchentlich über politische Themen im Fernsehen oder Radio, 34% nutzen YouTube, 28% hören Podcasts und 27% greifen auf KI-Chatbots wie ChatGPT zurück (Abbildung 13).

Insgesamt informieren sich nahezu alle jungen Menschen (97%) zumindest selten in mindestens einem der genannten Kanäle über politischen Themen, 86% tun dies zumindest einmal pro Woche. Erstere nutzen dabei durchschnittlich sechs unterschiedliche Kanäle, letztere durchschnittlich vier. Darüber hinaus greifen rund vier Fünftel (78%) jener 16- bis 26-Jährigen, die sich zumindest einmal wöchentlich über soziale Medien oder via KI-Chatbots über Politik informieren, auch auf klassische Medien wie Fernsehen, Radio oder Tageszeitungen zurück.

Abbildung 13: Informationsquellen



Frage im Wortlaut: „Informieren Sie sich nie, selten, einmal pro Woche, mehrmals pro Woche oder täglich über politische Themen in ...?“

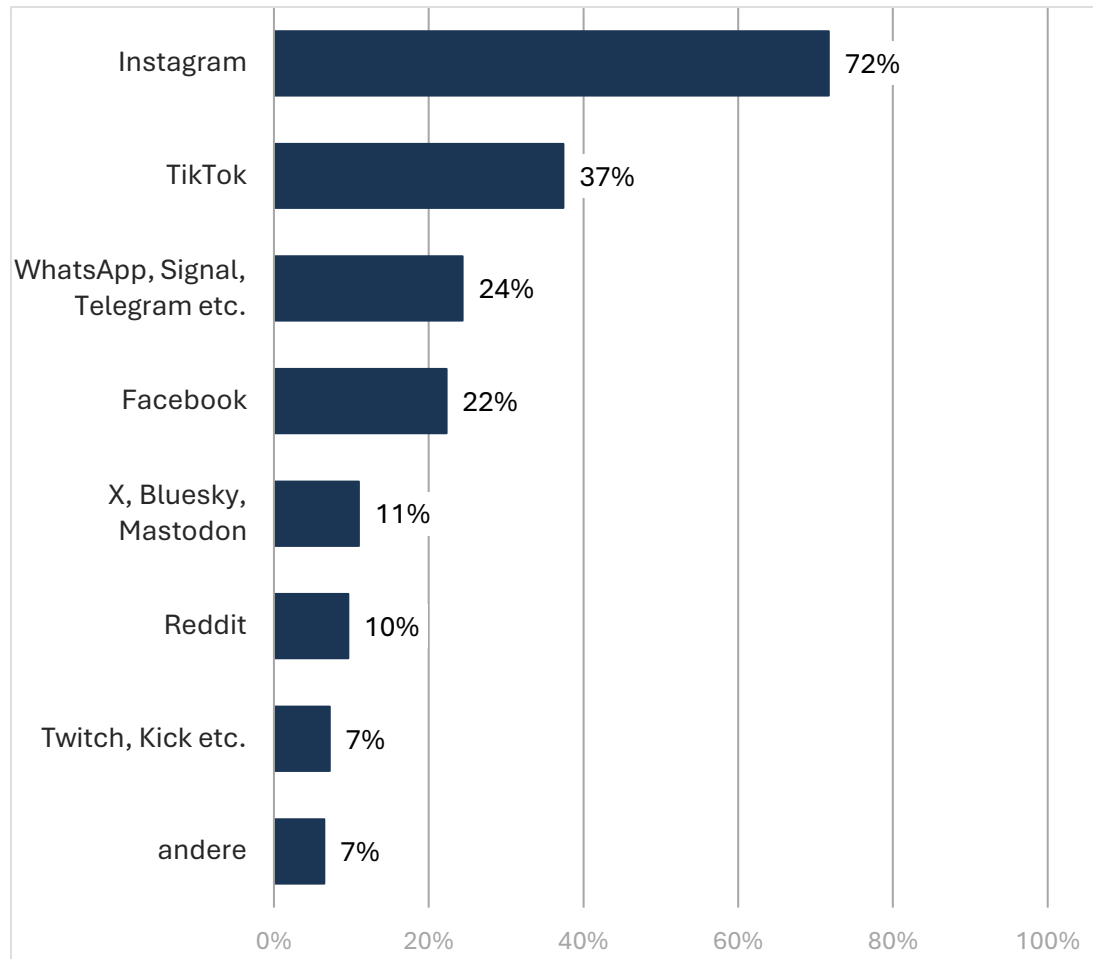
Soziale Medien werden einerseits mit Meinungsvielfalt und einem niederschweligen Zugang zu Information in Verbindung gebracht, andererseits mit einer Fragmentierung der Öffentlichkeit und einer Erosion demokratischer Diskursnormen (u.a. Karmasin et al. 2024, Müller 2020). Die vorliegende Befragung unterstreicht zunächst den Aspekt der Niederschwelligkeit: Die Nutzung sozialer Medien als Quelle politischer Information variiert weder nach finanziellen Ressourcen noch nach formalen Bildungsabschlüssen. Demgegenüber berichten junge Menschen aus finanziell gut abgesicherten Haushalten und mit

akademischem Abschluss häufiger, dass sie Zeitungen zur politischen Information heranziehen.

Auf die Risiken sozialer Medien – insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene – verweist wiederum eine umfassende Studie aus Deutschland: In den vier Wochen vor der durchgeführten Befragung sind zwei Drittel der jungen Menschen auf Fake News gestoßen, nahezu ebenso viele berichten von beleidigenden Kommentaren, 59% wurden mit extremen politischen Ansichten konfrontiert und jeweils fast die Hälfte kam mit Hassbotschaften und Verschwörungstheorien in Kontakt (Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest 2025).

Vor diesem Hintergrund informiert die vorliegenden Befragung noch darüber, welche Plattformen die 16- bis 26-Jährigen nutzen, wenn sie soziale Medien als Nachrichtenquelle heranziehen. An erster Stelle steht dabei Instagram (72%), deutlich dahinter folgen TikTok (37%), Messengerdienste wie WhatsApp (24%) und Facebook (22%). Seltener genutzt werden Plattformen wie X oder Bluesky (11%), Reddit (10%) sowie Live-Streaming-Plattformen wie Twitch oder Kick (7%) (Abbildung 14).

Das Nutzungsverhalten der 16- bis 26-Jährigen weist teils geschlechterspezifische Unterschiede auf: Junge Frauen informieren sich häufiger auf Instagram über politische Themen (78% gegenüber 67%), während junge Männer häufiger Plattformen wie X oder Bluesky (18% gegenüber 6%), Reddit (14% gegenüber 4%) sowie Twitch oder Kick (9% gegenüber 3%) nutzen. TikTok ist wiederum bei den 16- 19-Jährigen beliebter als bei den älteren 20- bis 26-Jährigen (45% gegenüber 33%).

Abbildung 14: Sozialen Medien als Informationsquelle

Frage im Wortlaut: (Wenn soziale Medien zumindest selten genutzt werden (gilt für 87% der 16- bis 26-Jährigen)): „Und in welchen sozialen Medien informieren Sie sich da?“

Abschließend stellt sich die Frage nach dem Vertrauen der jungen Menschen in die von ihnen genutzten Informationsquellen. Bei klassischen Medien zeigt sich ein klarer Zusammenhang: Rund drei Viertel der 16- bis 26-Jährigen, die sich über Tageszeitungen, Fernsehen oder Radio politisch informieren, bringen diesen Medien auch Vertrauen entgegen. Im Gegensatz dazu ist das Vertrauen in die sozialen Medien deutlich geringer: Lediglich ein Fünftel derjenigen, die diese Plattformen für politische Information nutzen, vertraut ihnen auch.

Die Entkoppelung von Reichweite und Glaubwürdigkeit im digitalen Raum wird u.a. darauf zurückgeführt, dass soziale Medien von jungen Menschen vorrangig zur Kommunikation und Unterhaltung genutzt werden. Politische Informationen stellen dabei eher ein Nebenprodukt der Plattformnutzung dar und werden häufiger beiläufig wahrgenommen als gezielt gesucht. Vertrauen entsteht in diesem Kontext weniger auf Grundlage des Mediums, sondern vielmehr auf Basis der Einschätzungen und Bewertungen Gleichaltriger (Kleer & Abendschön 2025).

3.2 Politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung

Während politische Gespräche und Informationsaneignung überwiegend rezeptive Formen der Teilhabe darstellen, liegt der Fokus von politischer Beteiligung auf dem aktiven Mitwirken an gesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen. Dass Wahlen in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle einnehmen, zeigt sich auch bei den jungen Menschen: Sie stellen die am häufigsten genutzte Beteiligungsform dar (Abbildung 15). 70% der 16- bis 26-Jährigen berichten davon, in den zwölf Monaten vor der Befragung an einer Wahl – etwa einer Parlamentswahl – teilgenommen zu haben⁸, darunter 82% der jungen Menschen mit österreichischer und 51% derjenigen mit ausländischer Staatsbürgerschaft.

Bei Wahlen zu Interessensvertretungen, bei denen die Staatsbürgerschaft keine Rolle für die Wahlberechtigung spielt, fällt dieser Unterschied deutlich geringer aus. Insgesamt 66% der 16- bis 26-Jährigen berichten davon, in den zwölf Monaten vor der Befragung an Wahlen in Schule, Ausbildung oder Arbeit teilgenommen zu haben (Abbildung 15), darunter 72% der jungen Menschen mit österreichischer und 65% derjenigen mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Bei dieser Art von Wahlen erweist sich das Alter bzw. der Ausbildungszweig als entscheidender Faktor, da Wahlen zur Schülervvertretung häufiger stattfinden als ÖH-Wahlen, Arbeiterkammer- oder Wirtschaftskammerwahlen und Betriebsrats- oder Personalvertretungswahlen.

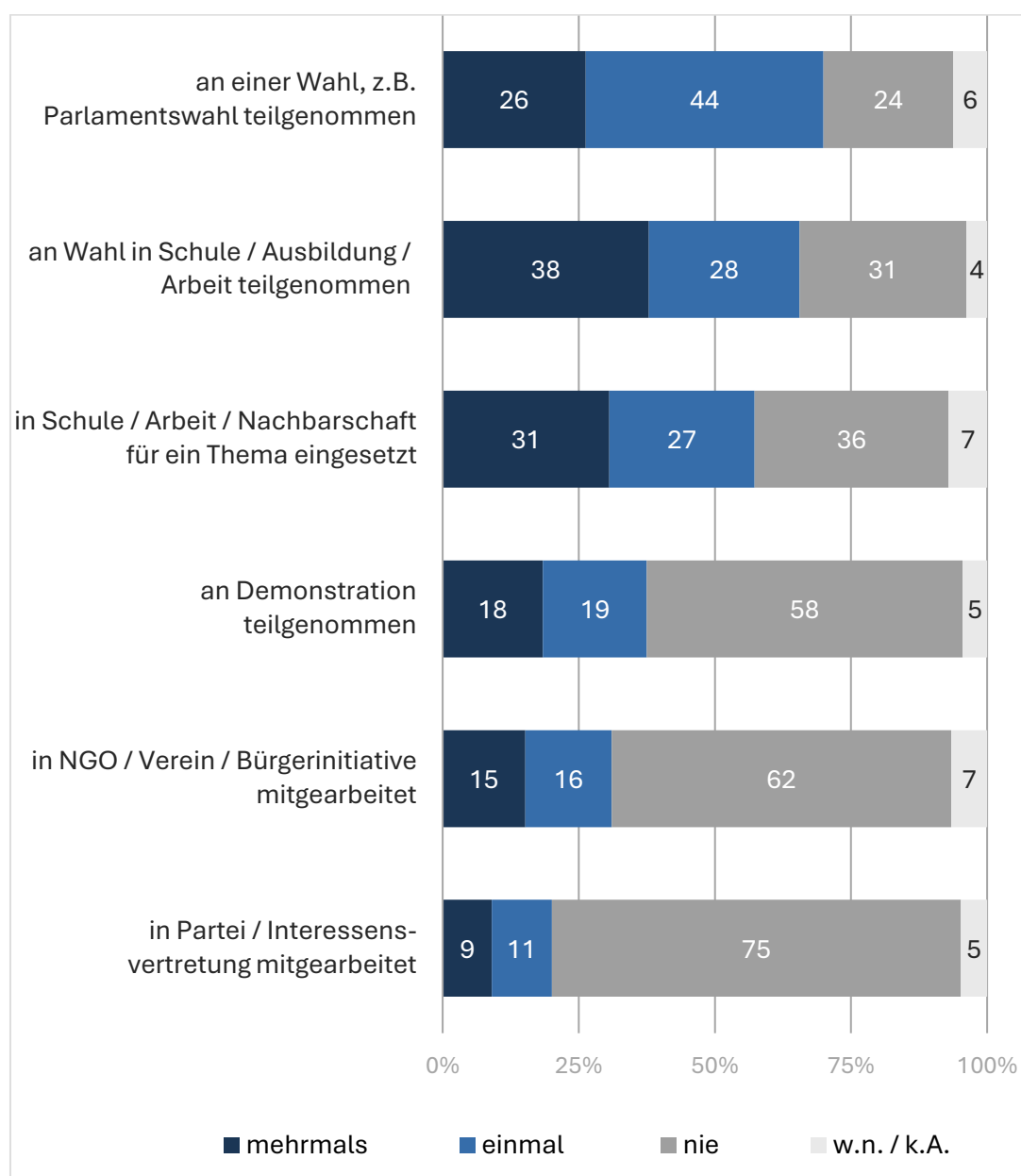
Abgesehen von ihrer Teilnahme an Wahlen engagieren sich die 16- bis 26-Jährigen vor allem in ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld: 57% berichten davon, sich im Verlauf der letzten zwölf Monate in ihrer Schule, Ausbildung, Arbeit oder Nachbarschaft für ein bestimmtes Thema eingesetzt zu haben. Im selben Zeitraum haben 38% der jungen Menschen an einer Demonstration teilgenommen, 31% berichten von ihrer Mitarbeit in Vereinen, NGOs oder Bürgerinitiativen und 20% haben sich in einer Interessensvertretung oder Partei engagiert (Abbildung 15).

Zusammengefasst haben rund 90% der 16- bis 26-Jährigen mindestens eine der genannten Partizipationsformen genutzt, im Durchschnitt waren es drei. Während sich die jungen Menschen unabhängig von ihren Lebensrealitäten in ihrem unmittelbaren sozialen Umfeld engagieren, fallen Unterschiede in der genuin

⁸ In Österreich fanden zwischen Herbst 2024 und Herbst 2025 folgende Wahlen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene statt: die Nationalratswahl im September 2024, die Landtagswahl im Burgenland und die Gemeinderatswahlen in Niederösterreich im Jänner 2025, die Gemeinderatswahlen in der Steiermark und in Vorarlberg im März 2025 und die Wiener Landtags- und Gemeinderatswahl im April 2025. Näheres hierzu siehe: https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/transparenz_und_partizipation_in_der_demokratie/demokratie-und-wahlen

politischen Beteiligung auf: 16- bis 26-Jährige aus finanziell gut abgesicherten Haushalten berichten häufiger als jene aus Haushalten mit knappem oder nicht ausreichendem Einkommen davon, an Wahlen teilgenommen zu haben (78% gegenüber 49%), auf Demonstrationen gewesen zu sein (44% gegenüber 17%) und in Interessensvertretungen oder Parteien mitgearbeitet zu haben (24% gegenüber 9%). Das geringere Vertrauen der jungen Menschen aus Haushalten mit knappen oder nicht ausreichenden finanziellen Mitteln in das politische System, gepaart mit einer niedrigen Wahrnehmung von Repräsentation und geringerer politischer Selbstwirksamkeit (Kapitel 2), wirkt sich somit auch hemmend auf ihre Beteiligung aus.

Abbildung 15: Politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung



Frage im Wortlaut: „Haben Sie in den letzten 12 Monaten nie, einmal oder mehrmals ...?“

4 Ausgewählte Aspekte der Demokratiebildung

In der globalisierten und digital vernetzten Welt geraten vormals als stabil geltende Verhältnisse zunehmend ins Wanken, während traditionell mit deren professioneller Einordnung befasste Akteur:innen an Einfluss verlieren. Auch vor diesem Hintergrund gewinnt ein grundlegendes Verständnis politischer Strukturen und Prozesse an Bedeutung, um eigenständig und verantwortungsvoll an der demokratischen Gesellschaft teilhaben und diese mitgestalten zu können.

Dieses Kapitel geht daher der Frage nach, inwieweit die jungen Menschen mit zentralen Strukturen unseres politischen Systems vertraut sind, ob sie die Demokratiebildungsangebote des Parlaments nutzen und wie sie ihre schulische politische Bildung bewerten.

4.1 Zuständigkeiten von Legislative, Exekutive und Judikative

Obwohl im Rahmen von repräsentativen Online- und Telefonbefragungen keine gültigen Wissens- und Kompetenztests möglich sind,⁹ kann zumindest grob erfasst werden, ob jungen Menschen zentrale Bausteine unseres politischen System – im vorliegenden Fall die Gewaltenteilung – präsent sind, wenn sie unerwartet danach gefragt werden. Im Zuge der Gewaltenteilung werden die Aufgaben des Staates auf verschiedene Institutionen verteilt, um Machtmissbrauch vorzubeugen: Die Gesetzgebung liegt beim Parlament und den Landtagen (Legislative), die Ausführung der Gesetze obliegt u.a. der Bundesregierung und der Polizei (Exekutive), die Rechtsprechung ist Aufgabe der Gerichte (Judikative) (Wieser 2024).¹⁰

Am eindeutigsten erfolgt die Zuordnung der Polizei zur Exekutive: 70% der 16- bis 26-Jährigen nennen als deren Aufgabe die Umsetzung bestehender Gesetze. Dass Gerichte im Streitfall Recht sprechen, ist wiederum 62% der jungen Menschen bewusst. Weitere 25% wählen hier als Antwort, dass Gerichte bestehende Gesetze umsetzen – auch dies kann als zutreffend gewertet werden¹¹ (Abbildung 16).

⁹ Eine dahingehende Erhebung stellt die International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) dar. Sie untersucht, inwieweit junge Menschen auf ihre Rolle als Bürger:innen in demokratischen Gesellschaften vorbereitet sind (siehe hierzu auch: <https://www.iea.nl/studies/iea/iccs>). An dieser international vergleichenden Studie zur politischen Bildung und Demokratiebildung hat Österreich bislang nur im Jahr 2009 teilgenommen, laut Website des IQS ist für 2027 eine erneute Teilnahme geplant (siehe hierzu: <https://www.iqs.gv.at/iccs>).

¹⁰ Für eine kompakte Einführung in das Thema siehe z.B.: <https://www.parlament.gv.at/aktuelles/mediathek/videos/parlament-erklaert-folge-13>

¹¹ Die Erläuterungen des Parlaments zur Gewaltenteilung verweisen in diesem Zusammenhang darauf, dass der Begriff „Ausführung“ in der Bundesverfassung so verwendet wird, dass er sowohl Exekutive als auch Judikative umfasst (Parlament Österreich 2026).

Weniger klar ist Aufgabenverteilung zwischen Nationalrat und Bundesregierung: Zwar geben 61% der jungen Menschen zutreffend an, dass der Nationalrat Gesetze beschließt, 57% ordnen diese Funktion jedoch auch der Bundesregierung zu (Abbildung 16). Diese Einschätzung lässt sich möglicherweise darauf zurückführen, dass die formale Trennung in der politischen Realität weniger offensichtlich ist: Wahrgenommen wird, dass die Bundesregierung Gesetzesinitiativen einbringt, die anschließend von den Abgeordneten der Regierungsparteien beschlossen werden. Damit ist die formale Trennung gegeben, doch werden die tatsächlichen Möglichkeiten zur Durchsetzung von Gesetzesinitiativen derart eng mit der Bundesregierung verknüpft, dass für Beobachter:innen die Abgrenzungen verschwimmen können.¹²

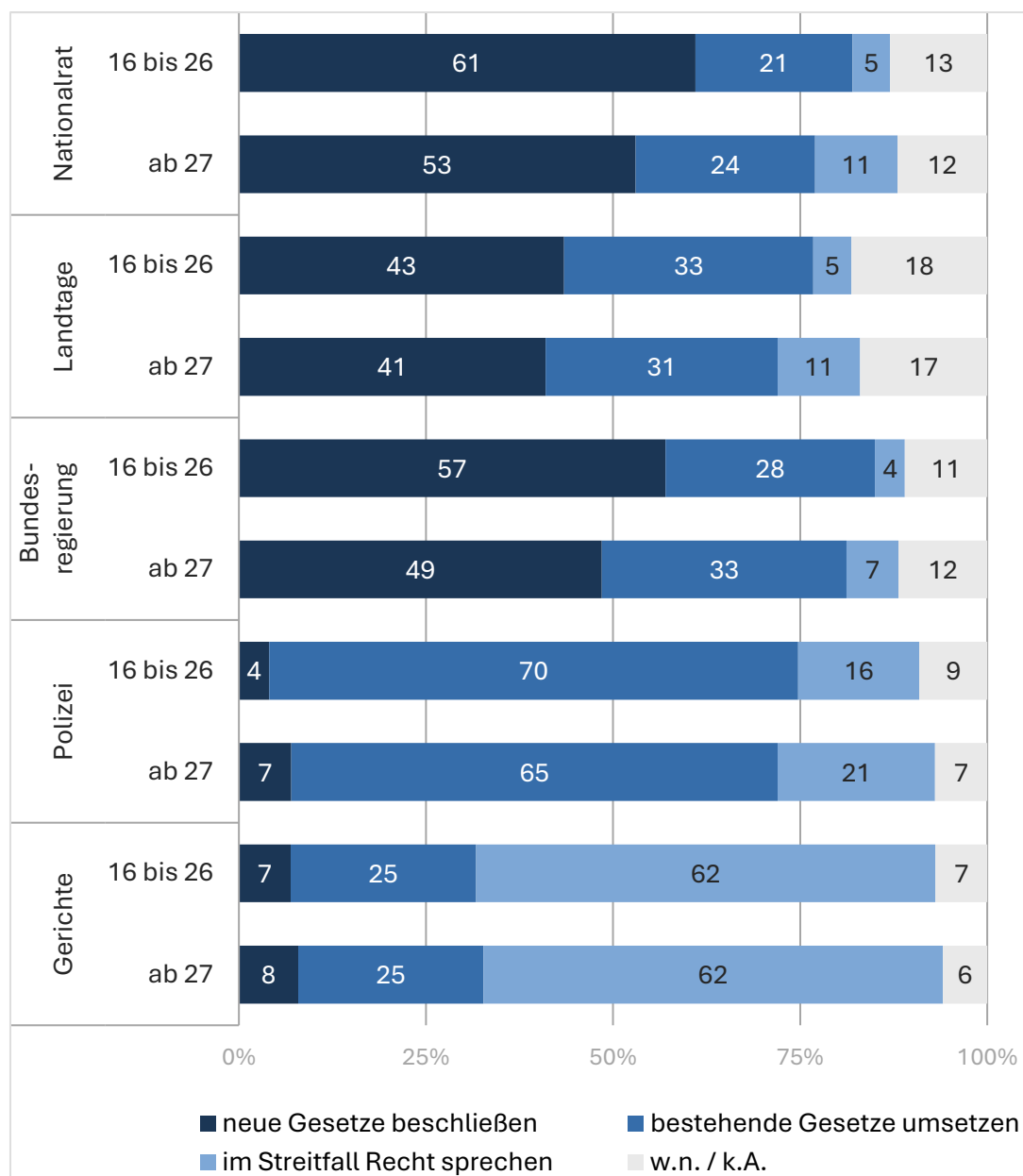
Noch etwas unschärfer fällt das Verständnis der Landtage aus: Knapp jede:r fünfte 16- bis 26-Jährige kann keine Einschätzung darüber abgeben, wo diese innerhalb der Gewaltenteilung einzuordnen sind. Weniger als der Hälfte (43%) ist zudem bewusst, dass sie Teil der Legislative sind und damit ebenfalls Gesetze beschließen (Abbildung 16).

Insgesamt ist die Gewaltenteilung den meisten 16- bis 26-Jährigen zumindest in Ansätzen bekannt: Im Durchschnitt werden drei der fünf Institutionen korrekt zugeordnet, lediglich 6% gelingt keine einzige zutreffende Verortung. Gleichzeitig vermag aber auch nur jede:r Zehnte, alle Institutionen richtig zu verorten. Die größten Unsicherheiten zeigen sich dabei in der Abgrenzung von Nationalrat und Bundesregierung sowie bei der Einordnung der Landtage.

Schließlich unterschieden sich die spontanen Einschätzungen der 16- bis 26-Jährigen nur wenig von jenen der älteren Bevölkerung. Die Zuteilung des Nationalrats zur Legislative gelingt den jüngeren etwas besser als den ab 27-Jährigen, die Verortung der Bundesregierung bei der Exekutive fällt hingegen etwas schlechter aus (Abbildung 16).

¹² Diese Hypothese bedarf einer systematischen Überprüfung. Nachfragen im Rahmen der Telefoninterviews (n=17 bei den 16- bis 26-Jährigen und n=21 bei den älteren Befragten im Demokratie Monitor) deuten jedoch darauf hin, dass dieser Aspekt zentral ist.

Abbildung 16: Einschätzung der Zuständigkeiten



Frage im Wortlaut: „Ich lese Ihnen nun einige Institutionen unserer Demokratie vor. Bitte sagen Sie mir, für was diese Ihrer Meinung nach zuständig sind: (1) neue Gesetze beschließen, (2) die bestehenden Gesetze umzusetzen oder (3) im Streitfall Recht zu sprechen“

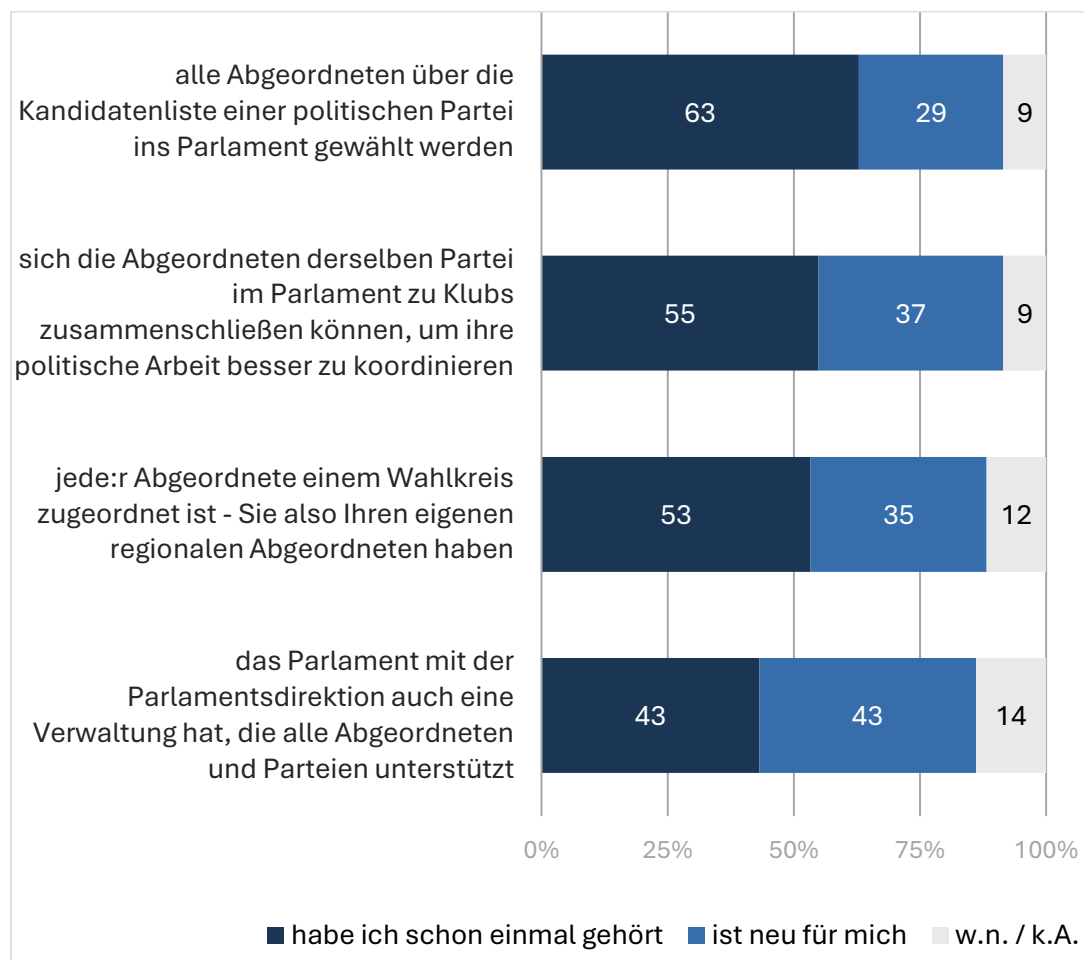
Quelle ab 27-Jährige: Demokratie Monitor 2025 (Zandonella 2025).

4.2 Das Parlament und seine Bildungsangebote

Über die Verortung der Institutionen im Rahmen der Gewaltenteilung hinaus wurden die jungen Menschen auch gebeten darzulegen, inwieweit sie Einblick in die Organisation und Arbeitsweisen des Parlaments haben. Dabei berichtet die Mehrzahl, dass ihnen bekannt ist, dass Abgeordnete über die Kandidatenlisten der Parteien in den Nationalrat gewählt werden (63%), dass die Abgeordneten

über Wahlkreise regional verankert sind (53%) und dass diese sich entsprechend ihrer Parteizugehörigkeit zu Klubs zusammenschließen können (55%). Gleichzeitig zeigt sich, dass jeweils etwa ein Drittel der 16- bis 26-Jährigen von diesen Aspekten im Rahmen der Befragung zum ersten Mal gehört hat. Auch die Information, dass das Parlament mit der Parlamentsdirektion eine eigene Verwaltung hat, die alle Abgeordneten und Parteien bei der Arbeit unterstützt, war für 43% der jungen Menschen neu (Abbildung 17).

Abbildung 17: Bekanntheit von Arbeitsweisen & Organisation des Parlaments

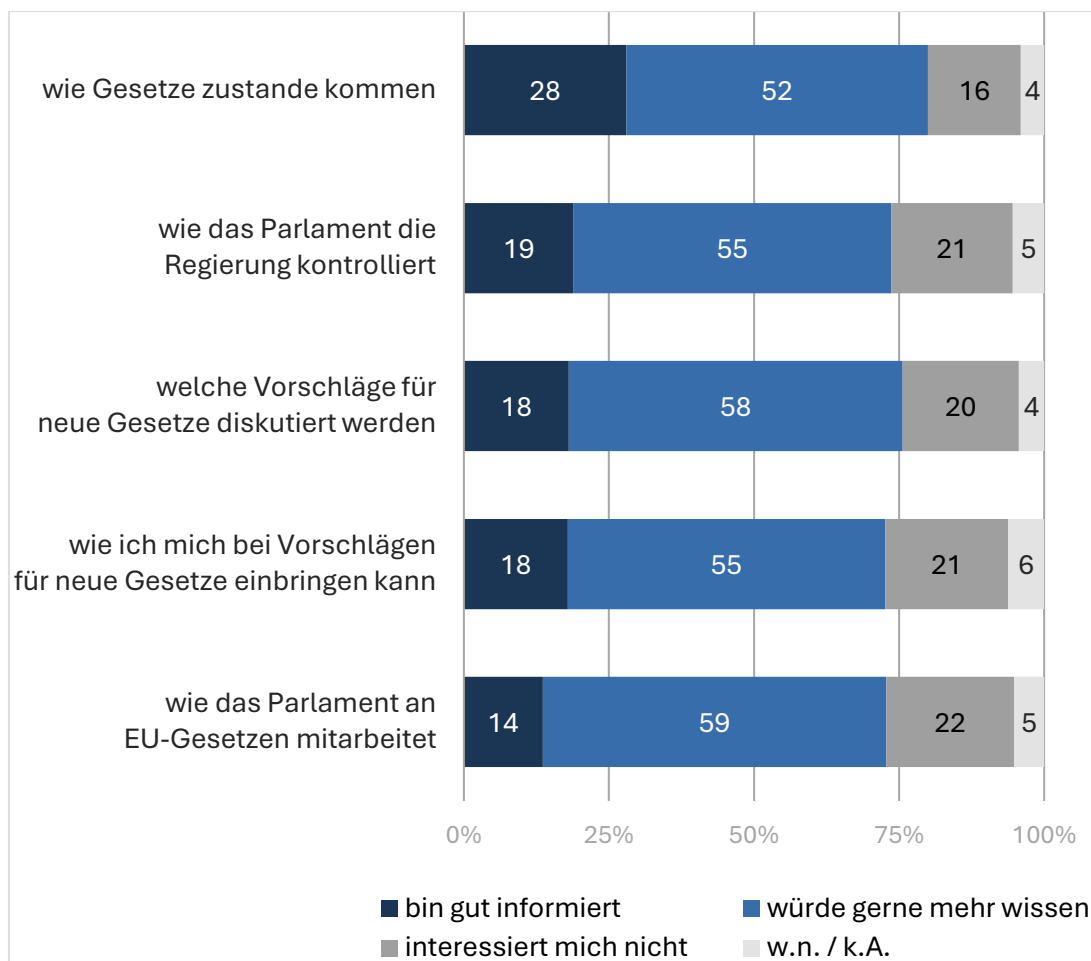


Frage im Wortlaut: „Und haben Sie davon schon einmal gehört oder ist es für Sie neu, dass ...?“

Daran anschließend äußern die jungen Menschen ein starkes Bedürfnis nach weiterführenden Informationen über die Arbeit des Parlaments. So möchten 59% mehr darüber erfahren, wie das Parlament an der EU-Gesetzgebung mitwirkt und 58% sind daran interessiert, welche Gesetzesvorschläge aktuell diskutiert werden. Außerdem wünschen sich 55% mehr Informationen darüber, wie sie an Gesetzen mitwirken können, ebenso viele möchten mehr dazu wissen, wie das Parlament die Regierung kontrolliert. Auch über den Entstehungs-

prozess von Gesetzen würden 52% der 16- bis 26-Jährigen gerne mehr erfahren (Abbildung 18).

Abbildung 18: Interesse an der Arbeit des Parlaments



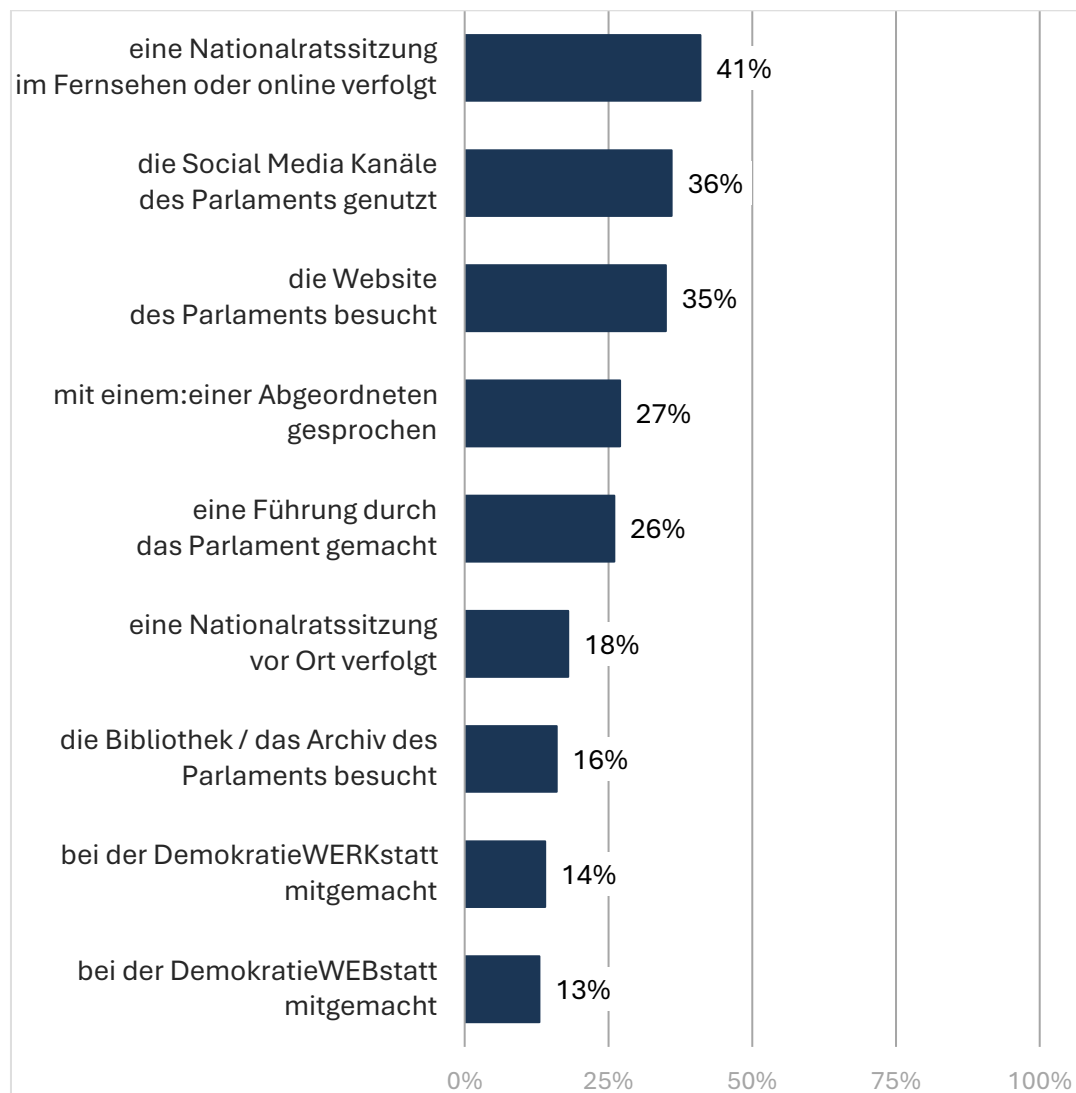
Frage im Wortlaut: „Bleiben wir noch kurz beim Parlament: Fühlen Sie sich über folgende Dinge gut informiert, würden Sie gerne mehr dazu wissen oder interessiert Sie das nicht besonders?“

Nun ist das Parlament nicht nur der Ort, an dem die Regeln unseres Zusammenlebens diskutiert und beschlossen werden – es ist zugleich ein offenes Haus, das vielfältige Möglichkeiten bietet, um Demokratie zu erleben und über Demokratie zu lernen. Doch erreichen diese Angebote die jungen Menschen?

Rund drei Viertel (74%) der 16- bis 26-Jährigen hatten bislang zumindest einmal Kontakt mit dem Parlament, wobei die Nutzung der einzelnen Angebote deutlich variiert. Am häufigsten verfolgen die jungen Menschen Nationalratssitzungen im Fernsehen oder online (41%), während dahingehende Besuche vor Ort seltener stattfinden (18%). Geht es um Informationsbeschaffung, werden die Social Media Kanäle (36%) und die Website des Parlaments (35%) wiederum häufiger genutzt als die Bibliothek oder das Archiv (16%). Auch persönlicher Kontakt, etwa ein Gespräch mit Abgeordneten (27%) oder eine Parlamentsführung (26%),

findet seltener statt – jede:r Vierte hatte bislang die Gelegenheit hierzu. Alters-spezifische Bildungsangebote wie die DemokratieWERKstatt haben bislang wiederum etwas mehr als jeden zehnten 16- bis 26-Jährigen erreicht (Abbildung 19).

Abbildung 19: Kontakt mit dem Parlament



Frage im Wortlaut: Das Parlament hat verschiedene Angebote, um mehr über unsere Demokratie und Politik zu erfahren. Haben Sie schon einmal ...?“

4.3 Einschätzung der schulischen politischen Bildung

In Zusammenhang mit Demokratiebildung nimmt schließlich die schulischen politischen Bildung eine zentrale Rolle ein. Sie vermittelt nicht nur Wissen über das politische System, sondern eröffnet zugleich Räume für Beteiligungserfahrungen. Dadurch kann Demokratie nicht nur kognitiv erfasst, sondern auch praktisch erlebt werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich an dieser Stelle noch

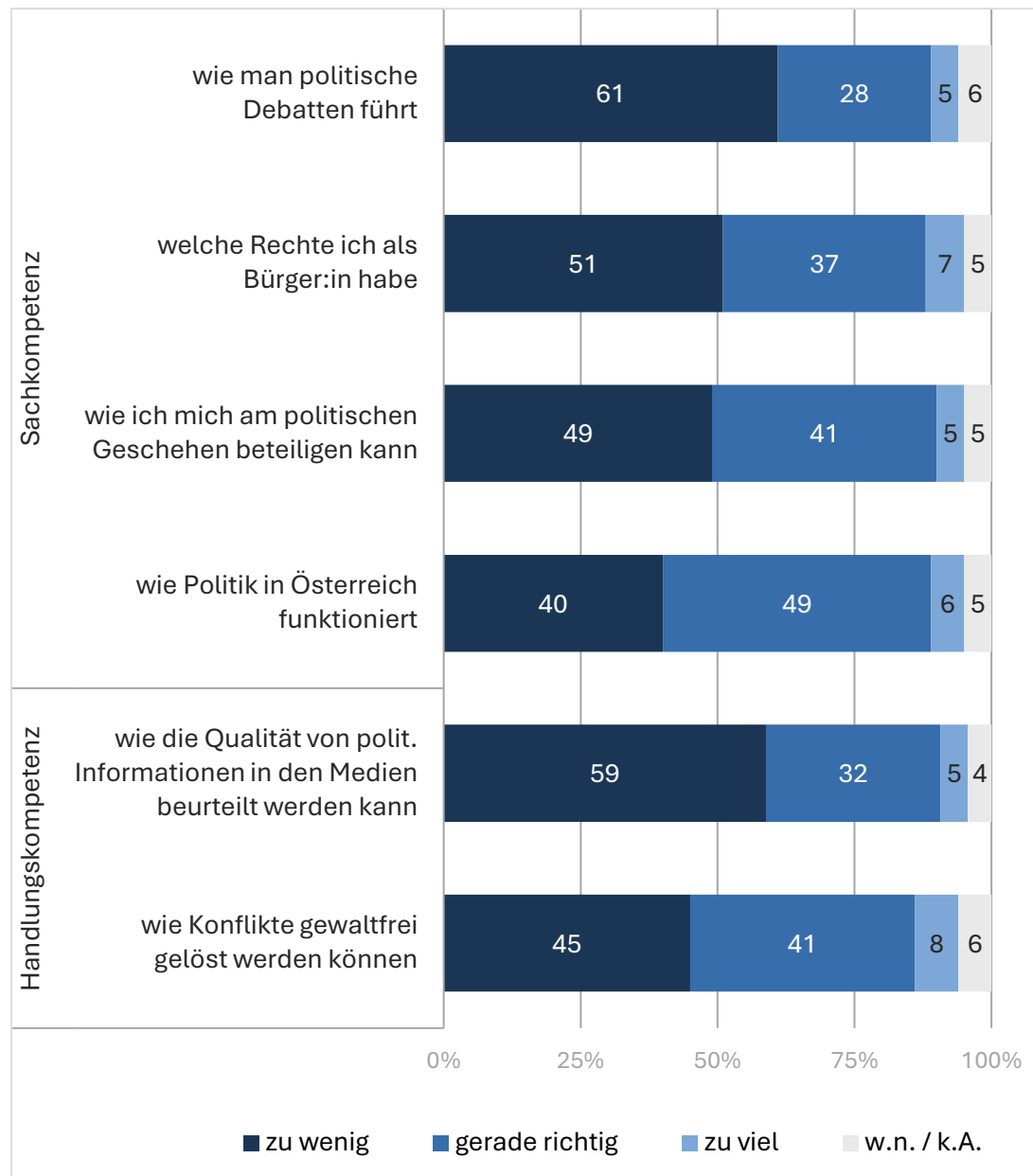
die Frage, wie die 16- bis 26-Jährigen ihre schulische politische Bildung wahrnehmen.

Anknüpfend an die Zusatzbefragungen wurden auch in der aktuellen Erhebung zwei Teilbereiche politischer Bildung berücksichtigt: Zum einen die Sachkompetenz – sie beinhaltet das Verständnis, die Anwendung und kritische Betrachtung politischer Strukturen und Prozesse. Zum anderen die Handlungskompetenz, also die Fähigkeit, politische Positionen nachzuvollziehen und an der Lösung gesellschaftlicher Probleme mitzuwirken (Krammer 2008).

Aus Sicht der jungen Menschen besteht in beiden Bereichen erheblicher Handlungsbedarf – ein Befund, der seit 2018 dokumentiert wird (Zandonella & Bohrn 2024) und sich 2025 erneut bestätigt. So berichten im Bereich der Sachkompetenz 61% der 16- bis 26-Jährigen davon, in der Schule zu wenig darüber gelernt zu haben, wie politische Diskussionen geführt werden. In etwa jede:r Zweite ist zudem der Ansicht, unzureichend über die eigenen Rechte als Bürger:in und über Beteiligungsmöglichkeiten informiert worden zu sein. Laut eigener Einschätzung haben 40% der jungen Menschen auch zu wenig über die Funktionsweise unseres politischen Systems gelernt (Abbildung 20) – eine Wahrnehmung, die durchaus im Einklang mit dem Ausmaß ihrer Vertrautheit mit der Gewaltenteilung steht (Kapitel 4.1).

Im Bereich der Handlungskompetenz besteht ebenfalls Nachholbedarf: 59% der 16- bis 26-Jährigen berichten, dass sie in der Schule zu wenig darüber gelernt haben, wie sie die Qualität politischer Informationen in den Medien prüfen können (Abbildung 20). Da die Kanäle, über die junge Menschen Informationen beziehen, häufig keine sachkundige Einordnung politischer Inhalte bereitstellen (Kapitel 3.1), ist gerade die Fähigkeit zur eigenständigen Quellenkritik jedoch eine zentrale Voraussetzung für produktive demokratische Teilhabe.

Abbildung 20: Kompetenzerwerb in der schulischen politischen Bildung



Frage im Wortlaut: „Haben Sie (bislang) in der Schule zu viel, zu wenig oder in gerade richtigem Ausmaß gelernt, ...?“

5 Zusammenfassung und Fazit

Die vorliegende Studie baut auf den von 2018 bis 2024 im Auftrag des Parlaments Österreich durchgeführten Zusatzbefragungen zum Demokratie Monitor auf und untersucht die Sicht junger Menschen auf ausgewählte Aspekte des politischen Systems in Österreich. Datengrundlage ist eine repräsentative Telefon- und Online-Befragung von 1.009 16- bis 26-Jährigen, die Interviews fanden zwischen September und November 2025 statt.

Der Blick der jungen Menschen auf das politische System fällt ernüchternd aus: Waren 2018 noch 69% davon überzeugt, dass dieses gut funktioniert, sind es inzwischen nur noch 44%. Der Rückgang steht in zeitlichem Zusammenhang mit den sich ausbreitenden Krisenphänomenen, betrifft bei genauerem Hinsehen aber nicht das gesamte politische System:

Das Vertrauen in Institutionen wie Polizei und Gerichte ist hoch und bleibt über die Zeit hinweg weitgehend stabil. Demgegenüber fällt das Vertrauen in jene Institutionen, die unser Zusammenleben politisch gestalten – allen voran das Parlament und die Bundesregierung – geringer aus und ist im Verlauf der vergangenen Jahre gesunken.

Mit diesem Vertrauensverlust einher geht eine abnehmende Repräsentationswahrnehmung. Während 2018 nahezu zwei Drittel der jungen Menschen der Ansicht waren, im Parlament gut vertreten zu sein, sind es seit 2021 halb so viele (32%). Daran anschließend denkt inzwischen auch nur noch die Hälfte der 16- bis 26-Jährigen, mit politischer Beteiligung tatsächlich etwas bewirken zu können. Die vorliegenden Befunde deuten außerdem darauf hin, dass das Erleben von politischer Repräsentation eine entscheidende Triebkraft für Systemvertrauen und Selbstwirksamkeit ist: Wer sich im Parlament gut vertreten sieht, bewertet nicht nur die Funktionsfähigkeit des politischen Systems positiver, sondern schätzt auch die Wirksamkeit der eigenen Beteiligung höher ein.

Zugleich ist das Erleben von politischer Repräsentation eng mit den Lebensrealitäten der jungen Menschen und den damit einhergehenden Teilhabechancen und Anerkennungsdynamiken verbunden: 16- bis 26-Jährige mit höheren finanziellen Ressourcen, jene mit Universitätsabschluss und junge Männer sehen sich im Parlament besser vertreten als 16- bis 26-Jährige aus einkommensarmen Haushalten, jene ohne tertiäre Bildung und junge Frauen.

Der Demokratie Monitor verweist wiederum darauf, dass die jungen Menschen im Vergleich zu den älteren eine etwas positivere Sicht auf das politische System haben: 44% der 16- bis 26-Jährigen, jedoch nur 33% der ab 27-Jährigen denken, dass dieses gut funktioniert. Die dahinterliegenden Muster sind jedoch ähnlich: Auch bei den Älteren betrifft der zu beobachtende Vertrauensverlust in erster Linie die Institutionen der repräsentativen Demokratie und geht mit einer

abnehmenden Wahrnehmung von politischer Repräsentation und einer geringeren politischen Selbstwirksamkeit einher. Ebenfalls unabhängig vom Alter sind diese Zusammenhänge bei Bürger:innen mit geringen Ressourcen häufiger zu beobachten.

Zurückkommend auf die junge Menschen hat sich in den vergangenen Jahren ein weiterer Aspekt verändert: Politische Themen sind in ihrem im Alltag stärker präsent als noch vor dem Jahr 2020. So tauschen sich mittlerweile nahezu alle 16- bis 26-Jährigen in ihrem sozialen Umfeld über Politik aus und informieren sich zumindest gelegentlich über politische Themen in unterschiedlichen Medien. Bezüglich der Kanäle, über die sie ihre Informationen beziehen, setzt sich der bereits seit einiger Zeit zu beobachtende Trend fort: Am häufigsten werden soziale Medien genutzt, gefolgt von anderen Internetseiten sowie Tageszeiten im Print- und Online-Format.

Dass rund 70% der jungen Menschen soziale Medien nutzen, um sich über Politik zu informieren – und dass sich dabei verschiedene Gruppen nicht unterscheiden – unterstreicht den niederschweligen Zugang zu politischen Inhalten, den diese Plattformen bieten. Gleichzeitig greift die Mehrheit der jungen Menschen damit auf politische Informationen zurück, die vielfach keiner fundierten Quellenprüfung unterliegen.

Auch vor diesem Hintergrund wird ein grundlegendes Verständnis politischer Strukturen und Prozesse wichtiger für selbstbestimmte demokratische Teilhabe. Am Beispiel der Gewaltenteilung zeigt die Befragung, dass dieser zentrale Baustein unseres politischen Systems den meisten jungen Menschen zwar in Ansätzen bekannt ist, es jedoch nur wenigen spontan gelingt, alle Institutionen passend einzuordnen. Die größten Unsicherheiten bestehen dabei in der Abgrenzung von Nationalrat und Bundesregierung sowie bei der Zuordnung der Landtage zur Legislative. Der Demokratie Monitor zeigt an dieser Stelle für die älteren Befragten ein vergleichbares Bild: Auch ihnen gelingt die spontane Zuordnung nur eingeschränkt und diese ist wiederum mit vergleichbaren Unsicherheiten behaftet.

Das Parlament ist nicht nur das Zentrum der Legislative, sondern bietet auch zahlreiche Möglichkeiten, über Demokratie zu lernen und diese direkt zu erleben. Bisher hatten rund drei Viertel der 16- bis 26-Jährigen zumindest einmal Kontakt mit dem Parlament – am häufigsten durch das Streamen von Nationalratssitzungen, aber auch über die Social Media Kanäle und die Website der Institution. Direkter Kontakt mit dem Parlament – etwa Führungen, Gespräche mit Abgeordneten oder die Teilnahme an den partizipativen Bildungsangeboten – sind dagegen seltener.

In Bezug auf die Arbeit des Parlaments äußern die jungen Menschen ein hohes Informationsbedürfnis. So möchte jeweils mehr als die Hälfte genauer darüber

Bescheid wissen, welche Gesetzesvorschläge gerade diskutiert werden und wie sie sich dabei selbst einbringen können. Der Gesetzgebungsprozess dürfte den 16- bis 26-Jährigen dabei im Allgemeinen weniger vertraut sein, denn rund die Hälfte von ihnen hätte auch gerne mehr Informationen dazu, wie Gesetze überhaupt zustande kommen.

Dazu passt die Einschätzung vieler junger Menschen, dass politische Bildung in der Schule zu kurz kommt. Dieser zentrale Ort der Demokratiebildung soll Wissen vermitteln und Beteiligungserfahrungen ermöglichen, unterstützt die 16- bis 26-Jährigen jedoch nur begrenzt darin, jene Kompetenzen zu erwerben, die sie dazu befähigen, eigene politische Positionen zu entwickeln und sich aktiv am demokratischen Prozess zu beteiligen. Aus Sicht der jungen Menschen zählen hierzu vor allem Kenntnisse über das politische System und über Beteiligungsmöglichkeiten sowie die Fähigkeiten, politische Debatten zu führen und die Qualität medial vermittelter Informationen zu beurteilen.

Abschließend kann festgehalten werden: Trotz der in den vergangenen Jahren gewachsenen Distanz zwischen den jungen Menschen und dem politischen System bleibt ihre Bereitschaft ungebrochen, über Demokratie zu lernen und an Gestaltungs- sowie Entscheidungsprozessen teilzuhaben.

Literatur

Almond, Gabriel / Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture: Political attitudes and democracy in five nations*. Princeton: University Press.

Bandura, Albert (1997): *Self-Efficacy: The exercise of control*. New York: Freeman.

Bortz, Jürgen / Schuster, Christof (2016): *Statistik für Human- und Sozialwissenschaftler*. Heidelberg: Springer.

Caprara, Gian Vittoria / Vecchione, Michele / Capanna, Cristina / Mebane, Minou (2009): Perceived self-efficacy: Theory, assessment and applications. In: *European Journal of Social Psychology*, 39(6), 1002-1020.

Cornesse, Carina / Blom, Annelies, Dutwin, Davie / Krosnick, Krosnik / De Leeuw, Edith / Legleye, Stephane / Pasek, Josh / Pennay, Darren / Phillips, Benjamin / Sakshaug, Joseph / Struminskaya, Bella / Wenz, Alexander (2020): A review of conceptual approaches and empirical evidence on probability and nonprobability sample survey research. In: *Journal of Survey Statistics and Methodology* 8(1), 4-36.

Elsässer, Lea / Schäfer, Armin (2017): Dem Deutschen Volke? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27, 161–180.

Elsässer, Lea / Schäfer, Armin (2023) Political Inequality in Rich Democracies. In: *Annual Review of Political Science* 26(1) 469–487.

Giger, Nathalie / Rosset, Jan / Bernauer, Julian (2012) The poor political representation of the poor in a comparative perspective. In: *Representation* 48(1) 47–61.

Gilens, Martin / Page, Benjamin (2014) Testing theories of American politics: Elites, interest groups, and average citizens. In: *Perspectives on Politics* 12(3) 564–581.

Karmasin, Matthias / Pöschl, Magdalena / Prainsack, Barbara / Puntscher-Riekmann, Sonja / Strauß, Stefan (2024): Sind soziale Medien eine Gefahr für unsere Demokratie? Stellungnahme der ad-hoc Arbeitsgruppe. In: *Österreichische Akademie der Wissenschaften (Hg.): Akademie im Dialog – Forschung und Gesellschaft* 6. Wien: Verlag der ÖAW.

Kleer, Philipp / Abendschön, Simone (2025): Zwischen TikTok und ARD? Politisches Informationsverhalten und Medienvertrauen von jungen Bürger:innen. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 35, 343-366.

- Krammer, Reinhard (2008): Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Kompetenzorientierte Politische Bildung. Informationen zur Politischen Bildung, Bd. 29.
- Lloren, Anouk (2014): Women's Substantive Representation: Defending Feminist Interests or Women's Electoral Preferences? In: The Journal of Legislative Studies 2, 144–167.
- Medienpädagogischer Forschungsverband Südwest: JIM-Studie 2025. Jugend, Information, Medien. Stuttgart: <https://mpfs.de/studie/jim-studie-2025/>
- Müller, Henrik (2020): Kurzschlusspolitik. Wie permanente Erregung unsere Demokratie zerstört. München: Piper.
- Negt, Oskar (2004): Politische Bildung ist die Befreiung der Menschen. In: Hufer, Klaus-Peter / Pohl, Kerstin / Scheurich, Imke (Hrsg:innen): Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach: Wochenschau Verlag, 196-213.
- Negt, Oskar (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen: Steidl.
- Newman, Nic / Ross, Amy / Robertson, Craig /Nielsen, Rasmus / Fletcher, Richart (2025): Reuters Institute Digital News Report 2025. Oxford: <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/digital-news-report/2025>
- Parlament Österreich (2025): Personen-Statistiken: <https://www.parlament.gv.at/recherchieren/statistiken/personen-statistiken/>
- Parlament Österreich (2026): Gewaltenteilung: <https://www.parlament.gv.at/verstehen/politisches-system/gewaltenteilung/>
- Peters, Yvette / Ensink, Sander (2015): Differential responsiveness in Europe: The effects of preference difference and electoral participation. In: West European Politics 38, 577–600.
- Pitkin, Hanna (1967): The Concept of Representation, Berkeley: University Press.
- Saferinternet.at (2026): Jugend Internet Monitor 2026. Wien: <https://www.saferinternet.at/services/jugend-internet-monitor>
- Sand, Matthias / Kunz, Tanja (2020): Gewichtung in der Praxis. Mannheim: GESIS – Leibnitz Institute for the Social Sciences (GESIS-Survey Guidelines).
- Schräpler, Jörg-Peter (2000): Was kann man am Beispiel des SOEP bezüglich Non-response lernen? ZUMA-Nachrichten 46, 117-149.
- Statistik Austria (2025a): Statistik des Bevölkerungsstandes. STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2025b): Bildungsstandregister. STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2025c): Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung. STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2025c): Abgestimmte Erwerbsstatistik. STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA.

Traber, Denise / Hänni, Miriam / Giger, Nathalie / Breunig, Christian (2021): Social status, political priorities and unequal representation. In: *European Journal of Political Research* 61(2), 351-373.

Torcal, Mariano / Christmann, Pablo (2021): Responsiveness, performance, and corruption. Reasons for the decline of political trust. In: *Frontiers in Political Science* 3, 676672.

Van der Meer, Tom / Hakhverdian, Armè (2027): Political trust as the evaluation of process and performance. A cross-national study of 42 European democracies. In: *Political Studies* 65, 81–102.

Wängnerud, L. (2009). Women in Parliaments: Descriptive and Substantive Representation. *Annual Review of Political Science*, 12(1), 51-69.

Warren, Mark (2018): Trust and Democracy. In: Uslaner, Eric (Hg.): *The Oxford Handbook of Social and Political Trust*, Oxford: University Press, 75–94.

Wieser, Bernd (2024): Einführung in das Verfassungs- und Verwaltungsrecht. Wien: Verlag Österreich.

Xydias, Christina (2014): Women's Rights in Germany: Generations and Gender Quotas. In: *Politics & Gender* 1, 4–32.

Zandonella, Martina (2018): *Demokratiemonitor 2018*. Wien: SORA.

Zandonella, Martina (2024): *Demokratiemonitor 2024*. Wien: FORESIGHT.

Zandonella, Martina (2025): *Demokratiemonitor 2025*. Wien: FORESIGHT.

Zandonella, Martina / Bohrn, Karoline (2024): *Junge Menschen und Demokratie in Österreich*. Wien: FORESIGHT, im Auftrag des Parlaments Österreich.

Zandonella, Martina / Heinz, Janine (2018): *Junge Menschen und Demokratie in Österreich*. Wien: SORA, im Auftrag des Parlaments Österreich.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bewertung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems	9
Abbildung 2: Bewertung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems in unterschiedlichen Gruppen	11
Abbildung 3: Bewertung der Funktionsfähigkeit des politischen Systems im Vergleich mit der älteren Bevölkerung	12
Abbildung 4: Institutionenvertrauen 2025	13
Abbildung 5: Institutionenvertrauen nach finanzieller Lage	15
Abbildung 6: Vertrauen in das Parlament in unterschiedlichen Gruppen	16
Abbildung 7: Repräsentationswahrnehmung	17
Abbildung 8: Repräsentationswahrnehmung in unterschiedlichen Gruppen	19
Abbildung 9: Politische Anliegen der jungen Menschen	21
Abbildung 10: Politische Selbstwirksamkeit	22
Abbildung 11: Zustimmung zur Demokratie als bester Staatsform	23
Abbildung 12: Gespräche über politische Themen	24
Abbildung 13: Informationsquellen	26
Abbildung 14: Sozialen Medien als Informationsquelle	28
Abbildung 15: Politische und zivilgesellschaftliche Beteiligung	30
Abbildung 16: Einschätzung der Zuständigkeiten	33
Abbildung 17: Bekanntheit von Arbeitsweisen & Organisation des Parlaments	34
Abbildung 18: Interesse an der Arbeit des Parlaments	35
Abbildung 19: Kontakt mit dem Parlament	36
Abbildung 20: Kompetenzerwerb in der schulischen politischen Bildung	38